



Forschungsstelle Osteuropa Bremen
Arbeitspapiere und Materialien

Nr. 81 – Januar 2007

Das Comeback von Viktor Janukowitsch
Die innenpolitische Entwicklung in der Ukraine 2006

Von Heiko Pleines (Hg.)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Klagenfurter Straße 3, D-28359 Bremen
Tel. +49 421 218-3687, Fax +49 421 218-3269
<http://www.forschungsstelle-osteuropa.de>

Arbeitspapiere und Materialien – Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Nr. 81: Heiko Pleines (Hg.):

Das Comeback von Viktor Janukowitsch.

Die innenpolitische Entwicklung in der Ukraine 2006

Januar 2007

ISSN: 1616-7384

Über den Herausgeber:

Dr. Heiko Pleines ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa. Das vorliegende Arbeitspapier basiert auf Beiträgen zu den Ukraine-Analysen <www.ukraine-analysen.de>. Die Ukraine-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde mit Unterstützung der Otto Wolff-Stiftung herausgegeben.

Technische Redaktion: Matthias Neumann

Umschlag nach einem Kunstwerk von Nicholas Bodde

Die Meinungen, die in den von der Forschungsstelle Osteuropa herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung der Forschungsstelle sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Forschungsstelle Osteuropa
© 2007 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen
Publikationsreferat
Klagenfurter Str. 3
D-28359 Bremen
Tel.: +49 421 218-3687
Fax: +49 421 218-3269
e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
internet: <http://www.forschungsstelle-osteuropa.de>

Inhaltsverzeichnis

Taras Kuzio

Die politische Landschaft vor den Parlamentswahlen	5
---	----------

Kerstin Zimmer

Eine Region und ihre Partei. Die Partei der Regionen als Donezker Elitenprojekt.....	7
---	----------

Thomas Stiglbrunner

Die wichtigsten Parteien im Portrait.....	11
--	-----------

Das vorläufige amtliche Endergebnis der Parlamentswahl vom 26.3.2006.....	16
--	-----------

Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung vom 26. März bis 6. September 2006.....	20
--	-----------

Heiko Pleines

Demokratie lernen	24
--------------------------------	-----------

Die ursprüngliche Zusammensetzung der Regierung Janukowitsch	25
---	-----------

Kurzbiographien der Minister.....	27
--	-----------

Der Konflikt um die Entlassung des Außenministers	29
--	-----------

Ralf Wachsmuth

Ist Nascha Ukraina noch zu retten? Der schleichende Niedergang der Partei des Präsidenten	32
--	-----------

Präsident Viktor Juschtschenko zur politischen Lage.....	35
---	-----------

Aktuelle Publikationen der Forschungsstelle Osteuropa	39
---	----

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa.....	41
---	----

Die politische Landschaft vor den Parlamentswahlen

Taras Kuzio, George Washington University

Orangene Lager

Die Koalition, die Juschtschenko während der Orangen Revolution im November und Dezember 2004 zur Macht verhalf, hatte eine breite Basis. Sie reichte von liberalen Geschäftsleuten, die sich in *Unsere Ukraine* (jetzt *Volksunion – Unsere Ukraine* (NS-NU) zusammengeschlossen hatten, und der *Partei der Industriellen und Unternehmer* (PPPU) bis zu radikalen Populisten (Julia Timoschenko), Sozialisten und anti-russischen Nationalisten.

Hinzu kamen politische Parteien, die offiziell die Kandidatur von Ministerpräsident Wiktor Janukowitsch während der Präsidentenwahlen 2004 unterstützten, sich tatsächlich aber nicht festlegen wollten. Diese „dritte Kraft“ hat sich um den Sprecher des Parlaments Wolodimir Litwin formiert. Er war unter Präsident Kutschma Leiter der Präsidialverwaltung und während der Parlamentswahlen 2002 Spitzenkandidat des Pro-Kutschma-Wahlblockes „Für die Einheit der Ukraine“. Somit waren die Protagonisten der Orangen Revolution eine labile Mischung aus Pragmatikern und radikalen Populisten. Präsident Juschtschenko versuchte diese beiden Gruppierungen auszubalancieren, indem er den Radikalen (Julia Timoschenko) die Regierung und den Pragmatikern (Petro Poroschenko) den Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrat (NRBO) übergab.

Im September 2005 versagte dieser Kompromiss, als Korruptionsvorwürfe gegen den pragmatischen Flügel des Juschtschenko-Lagers gerichtet wurden. Präsident Juschtschenko entließ die Beschuldigten und ersetzte darüber hinaus Timoschenko mit Ministerpräsident Juri Jechanurow. Seit September 2005 sind somit sowohl Regierung (Jechanurow) als auch der NRBO (Anatoli Kinach) unter der Kontrolle von Pragmatikern. Der radikale Flügel der Revolution (Timoschenko) wurde aus der Regierung ausgeschlossen.

Die beiden Timoschenko-Parlamentsfraktionen stimmten zusammen mit der Opposition gegen den Staatshaushalt für 2006 und sprachen der Regierung Jechanurow am 10. Januar 2006 das Misstrauen aus. Die Sozialisten, zusammen mit NS-NU und PPPU, sind in der Regierung Jechanurow verblieben und stimmten gegen das Misstrauensvotum.

Die Opposition

Die Opposition hat sich um den geschlagenen Präsidentschaftskandidaten Wiktor Janukowitsch gebildet, der die *Partei der Regionen* anführt. Auf der Wahlliste seiner Partei stehen viele ehemalige hochrangige Mitglieder der Kutschma-Administration. Andere Kräfte der Opposition wie die *Kommunistische Partei* haben Wählerstimmen an die *Partei der Regionen* abgegeben. Die *Vereinigte Sozialdemokratische Partei* (SDPUo), die den Wahlblock „Nicht auf diese Art!“ gebildet hat, war unter Kutschma eine bedeutende Kraft, wird aber mit einem voraussichtlichen Stimmenanteil von unter 1% kaum in das neue Parlament einziehen.

Einer der Hauptlogans der Orangen Revolution lautete „Banditen ins Gefängnis!“. Nichtsdestotrotz hat die Staatsanwaltschaft 2005 erfolgreich alle Anklagen gegen hochrangige Beamte der Kutschma-Administration abgeblockt. Diese Beamten werden parlamentarische Immunität erhalten, wenn sie auf der Wahlliste der *Partei der Regionen* ins Parlament gewählt werden.

Die Parlamentswahlen

Die Wahlen im März 2006 werden die ersten in der Ukraine sein, die mit einem reinen Verhältniswahlrecht durchgeführt werden, und mit der niedrigen Sperrklausel von 3%. Umfragen zeigen, dass von den mehr als 50 Wahlblöcken, die an der Wahl teilnehmen, nur sechs eine realistische Chance haben, die 3%-Hürde zu überwinden.

Die Opposition hat sich um Janukowitsch und die *Partei der Regionen* vereinigt, wodurch die *Kommunisten*, die *Progressiven Sozialisten* (PSPU) und die SDPUo ihre Bedeutung verloren haben. Im Gegensatz dazu ist das Lager der Orangen Revolution zwischen fünf politischen Kräften zersplittert. Diese sind: die NS-NU von Juschtschenko, der Timoschenko-Block, der Block „Reformen und Ordnung – Pora“ von Finanzminister Wiktor Pinsenik, der Block von Juri Kostenko und Leonid Pljuschtsch (der auf der *Ukrainischen Volkspartei* basiert) und die *Patriotische Partei* unter Oleksandr Sintschenko (der im September 2005 als Leiter des präsi-

dialen Sekretariats zurücktrat, nachdem er Geschäftspartner von Juschtschenko der Korruption beschuldigt hatte). Nur die ersten zwei dieser Blöcke der Orangen Revolution haben eine Chance, die 3%-Schwelle zu überschreiten, sodass die Stimmen der anderen Blöcke verloren sind.

Unter den sechs politischen Kräften, die in das neue Parlament einziehen werden, werden eingefleischte Anti-Juschtschenko-Gruppierungen sein, wie die *Partei der Regionen*, die höchstwahrscheinlich die größte Fraktion stellen wird, und die *Kommunisten*; die übrigen vier Blöcke werden NS-NU, Timoschenko, die Sozialisten und der Litwin-Block sein. Der Litwin-Block, der sich als „dritte Kraft“ positioniert, ist eine Wechselfraktion. Obwohl er mit der Regierung für den Staatshaushalt von 2006 stimmte, unterstützte er das Misstrauensvotum gegen die Regierung.

Die Verfassungsreform vom Januar 2006 schreibt vor, dass innerhalb von einem Monat nach den Wahlen im Parlament eine Koalition gebildet werden muss, die eine Regierung vorschlägt. Eine mehrheitsfähige Koalition wird aus zwei der drei großen Fraktionen (NS-NU, Timoschenko, *Partei der Regionen*) bestehen müssen. Die Kluft zwischen Juschtschenko und Timoschenko ist seit dem Misstrauensvotum tiefer geworden. Timoschenko wird eine Koalition nur eingehen, wenn sie wieder zur Ministerpräsidentin ernannt wird. Wenn NS-NU mit Timoschenko keinen Kompromiss erreichen kann, wird die Partei einen solchen mit der *Partei der Regionen* aushandeln oder eine Minderheitsregierung ohne Timoschenko oder der *Partei der Regionen* bilden müssen.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Über den Autoren:

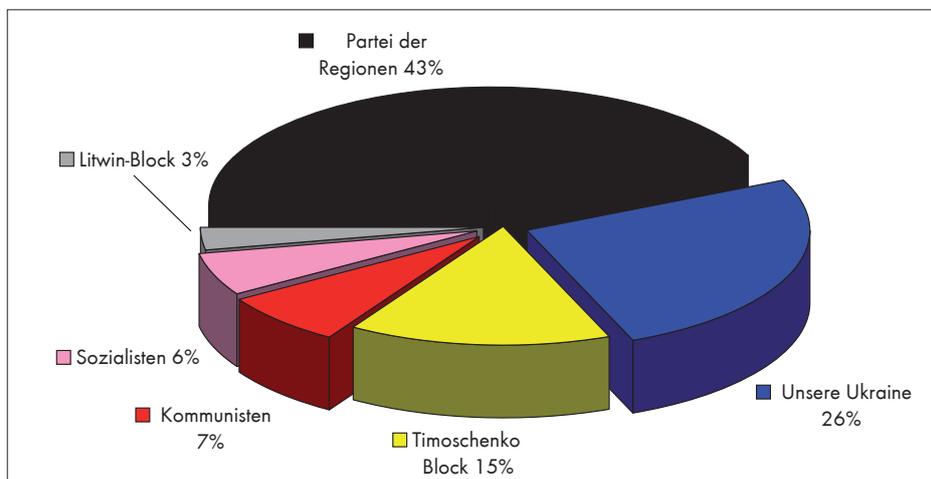
Dr. Taras Kuzio ist derzeit Visiting Professor am Institute for European, Russian and Eurasian Studies der George Washington University in Washington, DC.

Wahlabsichten der ukrainischen Bevölkerung (Januar 2006)

Partei der Regionen	38%
Unsere Ukraine	23%
Timoschenko-Block	13%
Kommunistische Partei	6%
Sozialistische Partei	5%
Litwin-Block	3%
Sonstige Parteien (keine über der 3%-Hürde)	12%
Wahlbeteiligung	82%

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kyiv International Institute of Sociology (KIIS)
<http://www.kiis.com.ua/txt/doc/09022006/press09022006.doc>

Resultierende hypothetische Stimmenverteilung im Parlament



Eine Region und ihre Partei. Die Partei der Regionen als Donezker Elitenprojekt

Kerstin Zimmer, Universität Marburg

Zusammenfassung

Die Partei der Regionen wurde bei den Parlamentswahlen am 26. März zur stärksten Kraft. Dieser Erfolg erscheint erstaunlich, denn nach der verlorenen Präsidentschaftswahl erschien die Partei demoralisiert und war von internen Streitigkeiten geplagt. Die Rolle einer „Oppositionspartei“ war den Funktionären und den Strippenziehern im Hintergrund völlig ungewohnt. Seit dem Sommer 2005 und seitdem die neue Regierung auf immer mehr Probleme stößt, hat sie sich jedoch intern konsolidiert und nach außen ihre Präsenz und Popularität gestärkt.

Einleitung

Das Wählerpotenzial der Partei der Regionen liegt vorwiegend im Osten und Süden der Ukraine, jedoch gewinnt sie auch im Zentrum und Westen des Landes Anhänger hinzu. Diese Entwicklung ist nicht unbedingt der programmatischen Attraktivität der Partei geschuldet, sondern resultiert aus der Enttäuschung der Bevölkerung über die Leistungen der ukrainischen Regierung und die Zerstrittenheit des „orangenen“ Lagers.

In programmatischer Hinsicht positioniert die Partei der Regionen sich in Opposition zu Juschtschenko und Timoschenko. Sie fordert, die russische Sprache zur zweiten Staatssprache zu machen, ein föderalistisches System einzuführen und verspricht eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Russland. Der Schwerpunkt liegt auf wirtschaftlichen Aspekten, ohne dass jedoch konkrete Pläne für Reformen vorgelegt würden.

Es ist mehr als offensichtlich, dass die Partei die Interessen einer einzigen Gruppe vertritt: Die Kandidatenliste der Partei der Regionen wird dominiert von Wirtschaftsakteuren aus dem stark industrialisierten Osten des Landes. Etwa 50 der ersten 90 Kandidaten, die sich ihres Einzugs ins Parlament sicher sein können, stammen aus der Region Donezk und die Liste liest sich wie das „Who ist Who“ der Donezker Wirtschaftselite. Die größte „Sensation“ ist die Kandidatur von Rinat Achmetow, dem Kopf des so genannten Donezker Clans, der auf Platz 7 der Liste steht.

Entwicklung der Partei

Ein Blick auf die Entwicklung der politischen Landschaft in der Region Donezk zeigt, dass bis 2001 die meisten wichtigen regionalen Akteure parteilos waren. Jahrelang schien das Motto „Politik wird in Kiew gemacht und Geld im Donbass“ die dominante Strategie der regionalen Akteure zu beschreiben. Die regionale „Partei der Macht“ war ein eher informeller Kreis, der konkurrierende Parteien, Wirtschaftsakteure und Bürokraten umfasste und sich um die staatliche Regionalverwaltung gruppierte, die von 1997 bis 2002 von Viktor Janukowitsch geleitet wurde. Mit seinem Amtsantritt begann die regionale Machtgruppe sich zu konsolidieren. Sie schuf festere interne Strukturen und erhielt ein politisches Antlitz in Form der Partei der Regionen der Ukraine, die sich zu einer Art „Zwangsverband“ für viele regionale Akteure entwickelte.

Parteien hatten in der Region bis Ende 2001 relativ wenige Mitglieder. Jedoch traten vor den Parlamentswahlen 2002 ganze Belegschaften regionaler Betriebe der Partei der Regionen bei. Die Partei selbst behauptete 2002, sie habe mehr als eine halbe Million Mitglieder, was sie zur stärksten Partei in der Ukraine machte.

Zum Parteivorsitzenden wurde der Leiter der Nationalen Steuerbehörde, Nikolai Asarow, gewählt. Noch vor den Parlamentswahlen 2002 gab er den Posten auf. Von 2002 bis 2003 war der damalige Stellvertretende Premierminister Wladimir Seminoschenko Vorsitzender. 2003 wurde – nicht ganz überraschend – Premierminister Viktor Janukowitsch zum Vorsitzenden der Partei gewählt. Sein erster Stellvertreter wurde Andrei Kljuew, ehemaliger Stellvertretender Gouverneur von Donezk und von 2002 bis Anfang 2004 Parlamentsabgeordneter und Vorsitzender des Ausschusses für Energiefragen. In der Regierung Janukowitsch war er der für Energiefragen zuständige Stellvertretende Premierminister.

Im März 2001 bildete sich zudem eine neue Parlamentsfraktion mit dem Namen Regionen der Ukraine, deren Mitglieder zumeist starke politische und wirtschaftliche Bindungen in der Region Donezk hatten. Während

der Parlamentswahlen 2002 gehörte die Partei dem Kutschma-treuen Wahlblock Für eine Geeinte Ukraine an. Dem Wahlblock gelang es, fast alle Direktmandate aus der Region zu gewinnen. Nach den Wahlen zerfiel dieses Bündnis und danach stellte die Partei der Regionen eine eigene Fraktion im Parlament – Regionen der Ukraine, die bis heute von Raisa Bogatirewa aus Donezk geleitet wird.

Im November 2003 veränderte sich die Führung der Partei auf der regionalen Ebene in Donezk. Vorsitzender wurde Boris Kolesnikow, Vorsitzender des Regionalparlaments und enger Vertrauter Achmetows. Es kam innerhalb der Partei zu einem Generationswechsel, denn die „Roten Direktoren“ und ehemalige Nomenklatura-Mitglieder verschwanden gänzlich aus den regionalen Führungsgremien. Dieser Wechsel hing zusammen mit der Vorbereitung der regionalen Kräfte auf den Präsidentschaftswahlkampf 2004.

Trotz des Aufbaus von Parteistrukturen bleibt die politische Entscheidungsfindung im eigentlichen Sinne „apolitisch“ und findet von der Bevölkerung entfernt statt. Regionale „Beamte“ betrachten Politik als „Business“ und sehen sich selbst als tatkräftige Manager, die unmittelbar für die Leitung der regionalen Wirtschaft verantwortlich sind, und sie haben den Slogan „unsere wichtigste Politik ist Wirtschaft“ zu ihrer Maxime gemacht.

Wer ist Rinat Achmetow?

Rinat Achmetow wurde 1966 als Sohn einer Bergarbeiterfamilie geboren und ist tatarischer Abstammung. Spätestens seit 1999 nehmen ihn ukrainische und internationale Medien als den Kopf des Donezker Clans wahr. Als der angebliche Donezker Verbrecher-Boss Achat (Alexander) Bragin 1995 getötet wurde, übernahm Achmetow 1996 dessen Aufgaben, sowohl als Chef der Firma Ljuks als auch als Präsident des Fußball-Clubs Schachtjor Donezk. Im Jahr 1995 gründete Achmetow die Donezker Stadtbank. Die Herkunft seines Startkapitals bleibt im Dunkeln, es stammt jedoch vermutlich aus Glücksspiel und Erpressung.

Zu dieser Zeit befand sich der Donezker Clan auf dem Tiefpunkt. Mehrere starke „Autoritäten“ waren gewalttätigen Auseinandersetzungen zum Opfer gefallen, einige der ehemals mächtigen Roten Direktoren hatten an Einfluss verloren und der Gouverneur Wolodimir Schtscherban war gerade von Kutschma entlassen worden. Folglich bestand ein Autoritäts- und Machtvakuum in der Region. Achmetow erwies sich in dieser Situation unverkennbar als durchsetzungsfähiger Organisator, der angeblich gute Kontakte zu Janukowitsch hatte, welcher damals Stellvertretender Gouverneur war und 1997 zum Gouverneur ernannt wurde.

Obwohl Achmetow dies immer wieder leugnete, war er einflussreich in der finanzindustriellen Gruppe Industrial Union of Donbass, dem wichtigsten Gasverteiler der Region, der auch im Kohle- und Stahlsektor tätig ist. Achmetows Einfluss dehnt sich aber auf zahlreiche andere regionale Firmen aus, und zwar durch intransparente Eigentumsverhältnisse und vermachtete Märkte sowie die Kontrolle strategischer Unternehmen. In Interviews gab er bis 2003 keinerlei Auskunft darüber, an welchen Firmen er tatsächlich beteiligt war.

Im Januar 2003 gab Achmetow dann bekannt, Hauptaktionär einer im Jahr 2000 gegründeten Firma mit dem Namen System Capital Management (SCM) zu sein, die Mehrheitsanteile an verschiedenen metallverarbeitenden Fabriken, Kokereien, dem Stahl-Giganten Azovstal' und der Charzysker Röhrenfabrik, lebensmittelverarbeitenden Betrieben, der Zeitung Segodnja, dem Fernsehsender TRK Ukraina und dem Mobilfunk-Unternehmen DCC hält. Außerdem ließ Achmetow Donbass Palace, das einzige Fünf-Sterne-Hotel der Ukraine, im Zentrum von Donezk errichten. SCM besitzt und kontrolliert mindestens 90 Unternehmen in der Region, von denen einige zuvor zur Industrial Union of Donbass gehörten, und beschäftigt mehr als 160.000 Menschen. Im Jahr 2003 begann Achmetow, öffentlich mehr Transparenz in Geschäftsfragen zu verlangen. Er engagierte verschiedene ausländische Berater und Auditing-Firmen, die den Fußballverein sowie neu aufgekaufte Firmen beraten, und ihn als Partner für internationale Geschäftstätigkeit qualifizieren sollen.

Die polnische Zeitung Wprost schätzte im August 2003 Achmetows Vermögen auf 1,9 Mrd. US-Dollar, was ihn zum reichsten Mann der Ukraine machte. 2004 lagen die Schätzungen bereits bei mehr als 3 Mrd. US-Dollar. Die ukrainische Rating-Agentur Gvardija Bisnesa schätzte Ende 2005 alle Anlagewerte Achmetows (inklusive Offshore-Firmen) auf etwa 12 Mrd. US-Dollar und listete ihn bei den einflussreichsten Personen des Landes an fünfter Stelle. In der aktuellen Forbes-Liste der Milliardäre (März 2006) wird Achmetow als reichster Ukrainer mit einem Vermögen von 1,7 Mrd. US-Dollar aufgeführt.

Achmetow als Schlüsselfigur von Donezk

Achmetows Stellung in der Region ist nicht nur wirtschaftlicher Macht sondern auch seinem inzwischen ausgeprägten Mäzenatentum geschuldet. Als Hauptsponsor und Präsident des Fußball-Clubs Schachtjor Donezk gründete er ein Internat für junge Fußballtalente und ließ das modernste Trainingszentrum Osteuropas

errichten. Außerdem ließ er das marode Stadion renovieren und lässt zurzeit für mehr als 150 Millionen Dollar ein neues Fußballstadion bauen. Seine große symbolische Bedeutung für die regionale Bevölkerung macht den Fußballclub zu einem hervorragenden Mittel der „Öffentlichkeitsarbeit“. Achmetows Firmen finanzieren regelmäßig große Feste in der Stadt, und zu besonderen Anlässen wie Weihnachten und St. Valentinstag beschenkt Achmetow Kinder und Veteranen der Region. Allein im Jahr 2005 unterstützte Achmetow wohltätige Organisationen mit etwa 3 Mio. US-Dollar.

Bis zum Wahlkampf präsentierte sich Achmetow nie als Politiker, wohl aber übte er erheblichen (informellen) Einfluss auf die Politik aus, um ökonomische Ziele zu erreichen. Dieses Verhalten ähnelte jenem der Anführer russischer finanzindustrieller Gruppen in den Jahren 1997–98, unterschied ihn jedoch von den meisten anderen ukrainischen Oligarchen, die selbst die politische Bühne betraten. Während der Parlamentswahlen 1998 unterstützte Achmetow, wenn auch zurückhaltend, die Partei der Moslems, während der Wahlen 2002 unterstützte er offiziell keine Partei. Sein Verhältnis zur politischen Führung der Region beschrieb Achmetow im Jahr 2000 folgendermaßen:

„Ich begegne ihnen allen mit großem Respekt, und es hat nie Meinungsverschiedenheiten zwischen uns gegeben. ... Für uns sollte die folgende Ansicht grundlegend sein: „Starke Betriebe, starker Staat“ ... Ich bin froh, dass sich hier ein Team gleichgesinnter Unternehmer gebildet hat, für welche die Zukunft der Region nicht nur aus Worten besteht.“

Seine zur Schau gestellte Politikferne hat Achmetow inzwischen aufgegeben. Für die Änderung seiner Strategie waren mehrere Ereignisse entscheidend.

Achmetow und die Orangene Revolution

Im Präsidentschaftswahlkampf 2004 unterstützte Achmetow unausgesprochen Viktor Janukowitsch, obwohl er bis heute abstreitet, dessen Wahlkampf finanziert zu haben. Die Unterstützung Janukowitschs zahlte sich zunächst aus. In mehreren Privatisierungsverfahren großer Staatsunternehmen erhielt Achmetow den Zuschlag, so auch – zusammen mit Kutschmas Schwiegersohn Viktor Pintschuk – bei der Privatisierung des Stahlgiganten Krivoroschtal¹, obwohl mehrere ausländische Firmen bessere Angebote unterbreitet hatten.

Eigentlich hatte Achmetow Janukowitsch bereits vor dem letzten Wahlgang am 26. Dezember 2004 fallen gelassen. Nach der Niederlage Janukowitschs wurde es zunächst still um die Donezker Wirtschaftselite. Um seine eigene Position und Vermögenswerte zu sichern, suchte Achmetow die Annäherung an die neue Regierung unter Juschtschenko, was aber nicht wirklich gelang. Achmetow betonte, mit jeder Regierung zusammenarbeiten zu können, solange sie professionell sei. Sowohl Timoschenko als auch Juschtschenko besuchten noch im Dezember 2004 und Januar 2005 Donezk. Timoschenko traf mit Achmetow zusammen und trat sogar in Achmetows Fernsehsender TRK Ukraina auf. Die Veränderung der Lage vor Ort war deutlich. Noch im Oktober 2003 war eine Versammlung von Unsere Ukraine in Donezk mit Hilfe der staatlichen Verwaltung verhindert worden. Auch während des Präsidentschaftswahlkampfes 2004 wurde Juschtschenko mehrfach der Zugang zu Wahlkampfveranstaltungen im Osten des Landes verwehrt.

In vielerlei Hinsicht erwies sich die Politik der neuen Regierung als problematisch für Achmetow. Es sah so aus, als ob dem ostukrainischen Oligarchen das Rückgrat gebrochen werden sollte. Erste Vergleiche mit Chodorkowskij in Russland wurden gezogen. Drei Schlüsselereignisse folgten.

Die neue Regierung hatte versprochen, die „illegalen“ Privatisierungen des Kutschma-Regimes zu revidieren. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde die Zahl der „Reprivatisierungen“ jedoch eingeschränkt. Ganz oben auf der Liste stand allerdings Krivoroschtal, das nach mehreren gerichtlichen Auseinandersetzungen im Sommer 2005 tatsächlich an den Staat zurückfiel und im Herbst erneut verkauft wurde.

Boris Kolesnikow, ein enger Vertrauter Achmetows, Vorsitzender des Regionalparlaments und Anführer der separatistischen Bewegung, die sich Ende 2004 formierte, wurde der Erpressung im Zusammenhang mit Anteilsverkäufen an einem Donezker Kaufhaus beschuldigt und im April 2005 verhaftet. Außerdem durchsuchten die Steuerbehörden Achmetows Firmen und schließlich wurde Achmetow im Zusammenhang mit der Untersuchung von Mordfällen Ende der 1980er Jahre vorgeladen, wobei nicht wirklich klar wurde, ob er als Beschuldigter oder Zeuge auftrat. Achmetow blieb den Befragungen fern, ohne dass dies ernsthafte Konsequenzen gehabt hätte. Während dieser Zeit hielt sich Achmetow für längere Zeit in Russland und Monaco auf, angeblich auf Dienstreise und Urlaub.

Diese Ereignisse machten deutlich, dass es nicht genügt, nur informellen Einfluss auszuüben, sondern dass ein formeller Status, zum Beispiel als Parlamentsabgeordneter, der Immunität bietet, von Vorteil sein kann.

Der Einstieg in die Politik

Angeblich überlegte Achmetow im Herbst 2005, eine andere Partei zu unterstützen. Aber offenbar wollte er die Popularität, die Janukowitsch bei Teilen der Bevölkerung genießt, für sich nutzen. Das Übereinkommen zwischen Janukowitsch und Juschtschenko im Herbst 2005, in dem vereinbart wurde, künftig keine „politischen Gegner mehr zu verfolgen“, schaffte Sicherheit für Achmetow, der wieder in die Ukraine zurückkehrte. Die Anklagen gegen Boris Kolesnikow wurden im August 2005 ebenfalls fallen gelassen. Damit wurde die Hoffnung der Anhänger der Orangenen Revolution zerstört, dass nun die „Banditen ins Gefängnis“ kommen, wie Juschtschenko es angekündigt hatte.

Durch diese Ereignisse änderte sich Achmetows Strategie deutlich. Er betrat die politische Bühne, um seine ökonomischen und persönlichen Interessen sicherzustellen. Als im Dezember 2005 die Kandidaten der Partei der Regionen gekürt wurden, erschien Achmetows Name auf einem sicheren Listenplatz. Damit wird er in Zukunft die Immunität eines Abgeordneten genießen.

Während seines ersten offiziellen Treffens mit dem „Wahlvolk“ (allerdings waren es ausgewählte Gäste, die sich im Donezker Theater einfanden) im Februar 2006 hielt er eine lange Rede, die jedoch keine programmatischen Aussagen enthielt. Achmetow zog Parallelen zwischen privatwirtschaftlichem und wirtschaftspolitischem Erfolg, wodurch die oben ausgeführte Vorstellung von Politik als „Business“ einmal mehr bestätigt wird. In einem Interview, das landesweit übertragen wurde, wies er darauf hin, dass die Ukraine eine Regierung brauche, die Wirtschaftswachstum garantiere. Den Rückgang des Wachstums von 12% im Jahr 2004 auf etwa 5% im Jahr 2005 wertete er als Zeichen der Unfähigkeit der Regierung. Achmetow verlangt von einer neuen Regierung, nicht nur Macht sondern auch Verantwortung zu übernehmen. Achmetow präsentierte sich und die Partei der Regionen als Retter der Nation vor wirtschaftlichem Kollaps. Koalitionsaussagen hat die Partei bislang keine gemacht.

In verschiedenen ukrainischen Zeitungen wird Achmetow als zukünftiger Premierminister gehandelt und Vergleiche zu Italiens Berlusconi werden gezogen. Dieses Ziel bestreitet er jedoch und gibt an, eine Tätigkeit als Abgeordneter anzustreben. Nach Einschätzung ukrainischer Experten wird er das Amt des Premierministers tatsächlich nicht übernehmen, sondern eher einen „Technokraten“ fördern, den er gut kontrollieren kann.

Eine mögliche Koalition zwischen Unsere Ukraine und der Partei der Regionen werden einige ausländische Beobachter – so Anders Aslund – und ukrainische Politiker – zum Beispiel Alexander Moros – positiv, da sie die Spaltung des Landes in Ost und West überwinden helfe. Allerdings wäre sie für den Fortgang der Demokratisierung in der Ukraine weniger vorteilhaft.

Über die Autorin:

Dr. Kerstin Zimmer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Philipps Universität Marburg.

Lesetipp:

Kerstin Zimmer: Klientelismus im neopatrimonialen Staat. Regionale Machtsicherung in der Ukraine, in: Osteuropa 10/2005, S. 59–74

Kerstin Zimmer: Machteliten im ukrainischen Donbass. Bedingungen und Konsequenzen der Transformation einer alten Industrieregion. Lit-Verlag (Münster), 2006

Die wichtigsten Parteien im Portrait

Thomas Stiglbrunner, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Zusammenfassung

Bei den Wahlen am 26. März 2006 haben 5 Parteien die 3%-Hürde überwunden und sind in das Parlament eingezogen. Dies sind die Partei der Regionen des ehemaligen Ministerpräsidenten und erfolglosen Präsidentschaftskandidaten Viktor Janukowitsch, Unsere Ukraine des amtierenden Präsidenten Viktor Juschtschenko, und der Timoschenko-Block von Julia Timoschenko, der ehemaligen Ministerpräsidentin und Verbündeten von Juschtschenko. Hinzu kommen mit den Kommunisten und den Sozialisten zwei weitere Parteien, die alle deutlich unter 10% liegen. Alle fünf Parteien werden im folgenden in Kurzportraits vorgestellt.

Partei der Regionen (Viktor Janukowitsch)

Gründung	2001
Spitzenkandidaten	Viktor Janukowitsch, Nina Karpatschewa, Georgi Skudar
Stimmenanteil bei der Wahl 2002	11,8%
Sitze im Parlament	60
Im Internet	http://www.partyofregions.org.ua/

Entwicklung

Die Partei der Regionen wurde im März 2001 gegründet und war ein Teil des Blocks „Für eine Vereinte Ukraine“. Dieser Block erreichte bei den Wahlen 2002 insgesamt 102 Sitze. Die Partei unterstützte den Ex-Präsidenten Kutschma und gruppierte sich um den ehemaligen Ministerpräsidenten Viktor Janukowitsch. Die Mehrheit der Wähler kommt aus den industriellen Regionen des Ostens (Donbas).

Vor den Präsidentschaftswahlen 2004 schwenkte die Partei auf einen „populistischeren“ Kurs ein, um die Wahlchancen ihres Kandidaten für die Präsidentschaftswahl Viktor Janukowitsch zu verbessern. Nach der Orangen Revolution unterlag der ursprünglich zum Sieger erklärte Janukowitsch im dritten Wahlgang im Dezember 2004 Gegenkandidat Viktor Juschtschenko. Ende 2005 trat die Partei der Regionen aus dem Block Für eine Vereinte Ukraine aus und tritt bei den Parlamentswahlen alleine an.

Politische Ausrichtung

Die Wirtschafts- und Außenpolitik ist primär auf Russland ausgerichtet. So ist ein wichtiger Punkt des Parteiprogramms die Einführung von Russisch als zweiter Amtssprache. Gleichzeitig wird durch eine sozial orientierte Wirtschaftspolitik versucht, Wähler aus dem kommunistischen Lager abzuwerben. Ihre Rolle als Oppositionspartei hat die Partei der Regionen gut genutzt, um von der sinkenden Popularität der Organisatoren der Orangen Revolution zu profitieren. Im Parteiprogramm wird verstärkt an das Wirgefühel appelliert und eine Politik für alle Regionen versprochen.

Spitzenkandidaten

Viktor Janukowitsch (geb. 1950), Arbeit als Autoschlosser und Mechaniker, wurde 1967 und 1970 wegen Raub und Körperverletzung angeklagt und musste eine Gefängnisstrafe absitzen, 1980 – Abschluss des Polytechnischen Instituts in Donezk, Aufstieg zum Leiter des Transportunternehmens „Donbasstransremont“, 1997 – 2002 Gouverneur von Donezk, ab 2003 Parteivorsitzender, 2002 – 2005 Ministerpräsident.

Nina Karpatschewa (geb. 1957), Jura-Abschluss an der Kiewer Universität, seit 1994 Sitz im Parlament und Arbeit als Juristin, seit 1998 Vorsitzende der Parlamentskommission für Menschenrechte.

Georgi Skudar (geb. 1942), 1960 Abschluss des Metallurgischen Technikums, 1971 Ausbildung zum Spezialisten für Maschinen und Technik, seit 1988 in der Wirtschaft tätig, seit 2002 Sitz im Parlament für die Partei der Regionen.

Block Unsere Ukraine (Viktor Juschtschenko)

Gründung	2001
Spitzenkandidaten	Juri Jechanurow, Anatoli Kinach, Boris Tarasjuk
Stimmenanteil bei der Wahl 2002	23,6%
Sitze im Parlament	41
Im Internet	http://www.razom.org.ua/

Entwicklung

Im Sommer 2001 entstand unter der Leitung von Viktor Juschtschenko ein Block von mehr als 10 Parteien, der „Unsere Ukraine“ getauft wurde. Dieser Block war bei den Wahlen 2002 die stärkste Fraktion und hatte mehr als 100 Sitze im Parlament. Nach der Orangen Revolution wurde Anfang 2005 der Parteienblock „Volksunion für die Ukraine“ geschaffen, in dem die Partei Juschtschenkos die größte Partei war. Nach dem Zerfall der Orangen Koalition tritt Unsere Ukraine mittlerweile wieder allein an.

Politische Ausrichtung

„Unsere Ukraine“ ist vor allem auf die Westhälfte der Ukraine und Kiev ausgerichtet. Außenpolitisch wird eine Integration in NATO und EU angestrebt. In ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik spricht die Partei vor allem die Wählerschicht an, die man als bürgerliche Mittelschicht zusammenfassen könnte. In ihrer Programmatik steht die Partei für marktwirtschaftliche Reformen, den Kampf gegen die Korruption und einen wirtschaftlichen Aufbau der Ukraine. Dabei wird auch auf ausländische Investoren gesetzt. Weitere Ziele sind eine ausgewogene Verteilung des neuen Reichtums und eine Berufsarmee.

Spitzenkandidaten

Juri Jechanurow (geb. 1948), Abschluss am Kiewer Technikum 1967 und am Institut für Staatliche Wirtschaft 1973, zwischen 1967 und 1991 Arbeit im Bauunternehmen, zwischen 1992 und 1994 Tätigkeit in der Abteilung für Wirtschaftspolitik der Administration der Stadt Kiev, 1994–1997 Leiter des Staatlichen Vermögensfonds, 1997–1998 Leiter des Staatlichen Komitees für die Entwicklung des Unternehmertums, 1999–2001 stellvertretender Premierminister, seit 2002 Sitz im Parlament, 2000 Minister für wirtschaftliche Entwicklung, April–September 2005 Leiter der Administration des Gebietes Dnepropretrowsk, seit September 2005 Ministerpräsident der Ukraine.

Anatoli Kinach (geb. 1954), Abschluss am Leningrader Schiffsbauinstitut 1978, Dienst auf verschiedenen Schiffen, 1990–92 Sitz im Parlament, Mitglied der Kommission für Fragen der wirtschaftlichen Reform, 1995–1998 Vizepremierminister für Industriefragen, 1998–2001 Sitz im Parlament und in der Kommission für Industriefragen, 1999 Erster Stellvertretender Ministerpräsident, 2001–2002 Ministerpräsident, ab 2002 Sitz im Parlament, 2005 stellvertretender Ministerpräsident in der Regierung Timoschenko, ab September 2005 Sekretär für Nationale Sicherheit und Verteidigung.

Boris Tarasjuk (geb. 1949), Abschluss in internationalen Beziehungen und internationalem Recht an der Universität Kiev 1975, zwischen 1975 und 1994 verschiedene Posten im Außenministerium, 1998–2000 Außenminister der Ukraine, seit 2002 Sitz im Parlament und seit September 2005 Außenminister.

Block Julia Timoschenko

Gründung	2001
Spitzenkandidaten	Julia Timoschenko, Aleksandr Turtschynow, Mykola Tomenko
Stimmenanteil bei der Wahl 2002	7,2%
Sitze im Parlament	42
Im Internet	http://www.tymoshenko.com.ua

Entwicklung

2001 löste das Verschwinden des Journalisten Georgi Gongadze einen großen politischen Konflikt in der Ukraine aus. Die Opposition beschuldigte den damaligen Präsidenten Leonid Kutschma direkt in Verbindung mit der Entführung und Ermordung zu stehen. Es entstand die Initiative „Ukraine ohne Kutschma“, die von Julia Timoschenko nach ihrer Entlassung als stellvertretende Ministerpräsidentin mit angeführt wurde. Im selben Jahr gründete sie dann das „Nationale Rettungsforum“ mit dem vorrangigen Ziel, Präsident Kutschma durch ein Amtsenthebungsverfahren zu stürzen. Im November 2001 wurde der Block Julia Timoschenko geschaffen, der zu den Parlamentswahlen 2002 antrat. Seitdem ist der Block im Parlament vertreten.

Politische Ausrichtung

Die Politik des Blocks ist auf die charismatische Spitzenkandidatin Timoschenko zugeschnitten. Gegenüber der Persönlichkeit gerät die Programmatik in den Hintergrund. Die Partei versucht sich volksnah zu präsentieren, was oft populistische Züge annimmt. Der Block ist eine Koalition aus Nationalisten und Demokraten. Dem Parteiprogramm zufolge ist die Politik des Blocks gegen die Oligarchen gerichtet, auf eine Verbesserung des Haushalts, für eine größere Demokratisierung des Landes, für eine Verbesserung der Menschenrechte und antirussisch. Die Partei pocht auf nationale Souveränität und auf eine klare Regelung des Grenzstreits mit Russland.

Spitzenkandidaten

Julia Timoschenko (geb. 1960), Abschluss in Wirtschaftswissenschaften an der Universität Dnjepropetrowsk 1984, Arbeit in der Wirtschaft, 1991–1995 Generaldirektorin der Firma „Ukrainisches Benzin“, 1995–98 Präsidentin der Finanz-Industrie Gruppe „Einheitliches Ukrainisches Energiesystem“, seit 1996 Sitz im Parlament, Arbeit im Finanzausschuss, 1999–2001 Energieministerin, 2001 entlassen, seit 2001 erneut Sitz im Parlament, 2005 Ministerpräsidentin, September 2005 entlassen.

Alexander Turtschinow (geb. 1964), Abschluss am Dnjepopetrowsker Metallurgischen Institut, 1993 Berater von Ministerpräsident Leonid Kutschma in mikroökonomischen Fragen, 1994–96 Generaldirektor des Instituts für wirtschaftliche Reformen, seit 1998 Sitz im Parlament.

Mykola Tomenko (geb. 1964), Soldat im Afghanistankrieg 1983–85, 1989 Abschluss als Historiker an der Kiewer Universität, 1993–94 Berater der Regierung für Nationalitäts- und Migrationsfragen, seit 1998 Direktor des Instituts für Politik in Kiew, 2002–05 Sitz im Parlament, Minister für humanitäre Fragen in der Regierung Timoschenko.

Sozialistische Partei (Alexander Moros)

Gründung	1990 (1994 aufgespalten in 2 Parteien)
Spitzenkandidaten	Alexander Moros, Walentina Semenjok, Stanislaw Nikolajenko
Stimmenanteil bei der Wahl 2002	6,9%
Sitze im Parlament	30
Im Internet	http://www.spu.org.ua/

Entwicklung

1990 wurde die Sozialdemokratische Partei ins Leben gerufen und zur gleichen Zeit auch die Vereinigte Sozialdemokratische Partei. 1992 vereinigten sich diese beiden Parteien zur Sozialdemokratischen Partei der Ukraine. 1994 zerbrach die Koalition und beide Teile reklamierten für sich den Namen SDPU. Aus dem einen Teil ging die Sozialdemokratische Partei der Ukraine hervor und aus dem anderen Teil bildete sich die jetzige Sozialistische Partei, die vom Parlamentssprecher Alexander Moros geleitet wird.

Politische Ausrichtung

Die Partei versucht sich derzeit im politischen Spektrum links der Mitte zu positionieren und stellt sich in ihrem Parteiprogramm vor allem als Partei des Volkes dar, die gegen die Interessen der „imperialistischen finanz-ökonomischen Zentren“ in Zeiten der Globalisierung die Interessen des Volkes wahrt. Dazu sollen marktwirtschaftliche Reformen nur mit einer sozialen Komponenten realisiert werden. Die Programmatik der Sozialdemokraten ist vor allem auf die Innenpolitik ausgerichtet. Die Partei besitzt aber über ihre Mitgliedschaft in der Dachorganisation der Vereinigten Sozialdemokratischen Parteien Europas auch internationale Kontakte. Die sozialistische Partei ist an der aktuellen Regierungskoalition beteiligt und stellt mehrere Minister.

Spitzenkandidaten

Alexander Moros (geb. 1944), 1965 Ausbildung zum Agraringenieur und Mechaniker sowie als Politologe an der Parteischule des ZK der KPU, danach Professor für Agro-Mechanik, 1966–1990 Arbeit in verschiedenen Komitees der KPU, 1991 Gründer der sozialistischen Partei, seit 1998 Sitz im Parlament, 2002 Kandidatur für das Präsidentenamt.

Walentina Semenjok (geb. 1957), Abschluss der Ausbildung zur Agrarmanagerin 1982, 1999 Abschluss der juristischen Akademie, seit 1982 Arbeit als Buchhalterin für verschiedene Organe des ZK der Ukraine, ursprünglich Mitglied der KPU, seit 1998 der Sozialistischen Partei, seit 1994 auch Sitz im Parlament, seit 2005 Leiterin des Fonds für Staatsvermögen.

Stanislaw Nikolajenko (geb. 1956), 1978 Ausbildung zum Ingenieur-Mechaniker sowie 1991 Abschluss eines Politikstudiums, 1988–90 Funktionär der Kommunistischen Partei, 1991–94 Dozent am Institut für Politologie in Cherson, seit 1998 Sitz im Parlament, seit 2005 Minister für Bildung und Wissenschaft.

Kommunistische Partei der Ukraine (Petro Simonenko)

Gründung	1993 (Neugründung nach dem Verbot der Partei 1991)
Spitzenkandidaten	Petro Simonenko, Adam Martinjuk, Iwan Gerasimov
Stimmenanteil bei der Wahl 2002	20,0%
Sitze im Parlament	56
Im Internet	http://www.kpu.net.ua/Main/

Entwicklung

Nach ihrem Verbot wurde die Kommunistische Partei der Ukraine im Juli 1993 neu gegründet. Sowohl im politischen Programm wie beim Parteaufbau gibt es Kontinuitäten, aber auch Brüche. So befinden sich in den Reihen der orthodoxen Kommunisten auch einige, die als Leiter von Betrieben („Rote Direktoren“) gearbeitet

haben und somit in der angefeindeten Marktwirtschaft tätig sind. Prorussische Agitatoren befinden sich unter den Reihen der Kommunisten ebenso wie Vertreter, die auf die ukrainische Souveränität pochen.

Politische Ausrichtung

Die Wähler sind meist ältere Leute, die das Wohlfahrtssystem der Sowjetzeit vermissen. Die Politik der kommunistischen Partei ist anti-amerikanisch, pro-russisch und gegen eine freie Marktwirtschaft. Zielgruppe der Partei sind damit zum einen Rentner, die auf das staatliche Wohlfahrtssystem angewiesen sind und zum anderen Personen, die eine Annäherung an Russland (aus wirtschaftlichen oder ideologischen Gründen) wünschen. Im Wahlkampf 2006 verlor die Partei mehr und mehr Stimmen an die Partei der Regionen.

Spitzenkandidaten

Petro Simonenko (geb. 1952), Abschluss als Ingenieur am Polytechnischen Institut in Donezk 1974, zwischen 1975 und 1988 Funktionär in der Kommunistischen Partei, 1991–93 leitender Manager in einem staatlichen Maschinenbauwerk in Donetsk, seit 1994 Leiter der Kommunistischen Partei, seit 1994 Sitz im Parlament. Bei den Präsidentschaftswahlen 1999 erhält er im zweiten Wahlgang 37,8% der Stimmen.

Adam Martinjuk (geb. 1950), Abschluss in Sozialwissenschaften an der Universität Lwiw 1976, 1981–88 Lektor in Lwiw und Funktionär in der Kommunistischen Partei, 1991–94 Verantwortlicher für die Agrarreformen in der Region Lwiw, Redakteur der Zeitungen „Towarisch“ und „Kommunist“, seit 1998 Sitz im Parlament, seit 2003 Erster Stellvertreter des Parlamentsvorsitzenden.

Iwan Gerasimow (geb. 1921), seit 1938 im Militärdienst, 1966–75 Kommandant der Panzertruppen in der DDR, danach der Panzertruppe in der Region Kiew, anschließend bis zur Pensionierung Truppeninspekteur, seit 2002 Sitz im Parlament, stellvertretender Vorsitzender des Parlamentsausschusses für Fragen der Rentner-, Veteranen- und Behindertenpolitik

Lesetipps:

Ein Überblick über Informationen zu den Parlamentswahlen findet sich auf der Internetseite des forumNET. Ukraine: <http://forumnetukraine.org/Parlamentswahlen2006.htm>

Eine Liste aller Parteien und Kandidaten findet sich auf der Internetseite der Zentralen Wahlkommission unter

<http://www.cvk.gov.ua/pls/vnd2006/W6P001>

Informationen über die Kandidaten finden sich unter <http://www.ukrinform.info/parties.php> (in russischer Sprache)

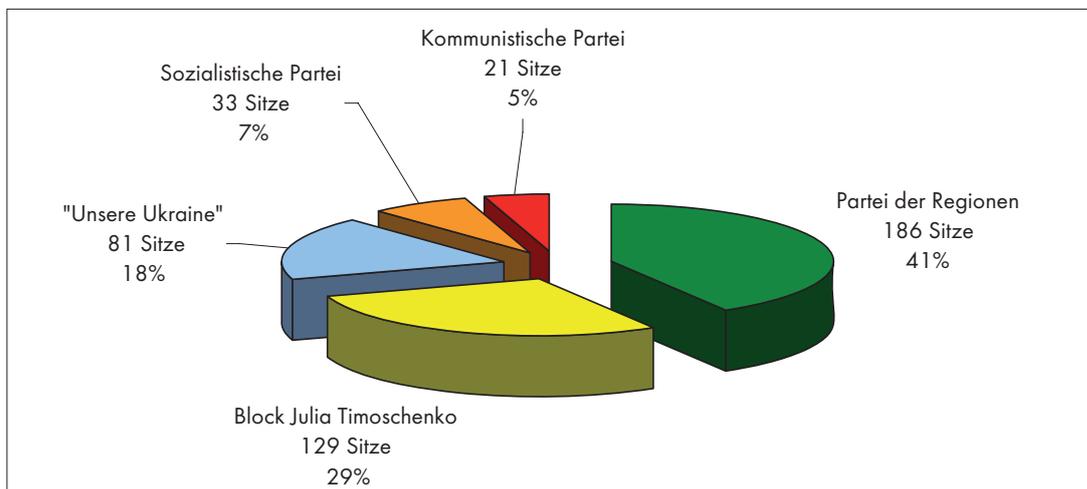
Das vorläufige amtliche Endergebnis der Parlamentswahl vom 26.3.2006

Tabelle 1: Das Wahlergebnis

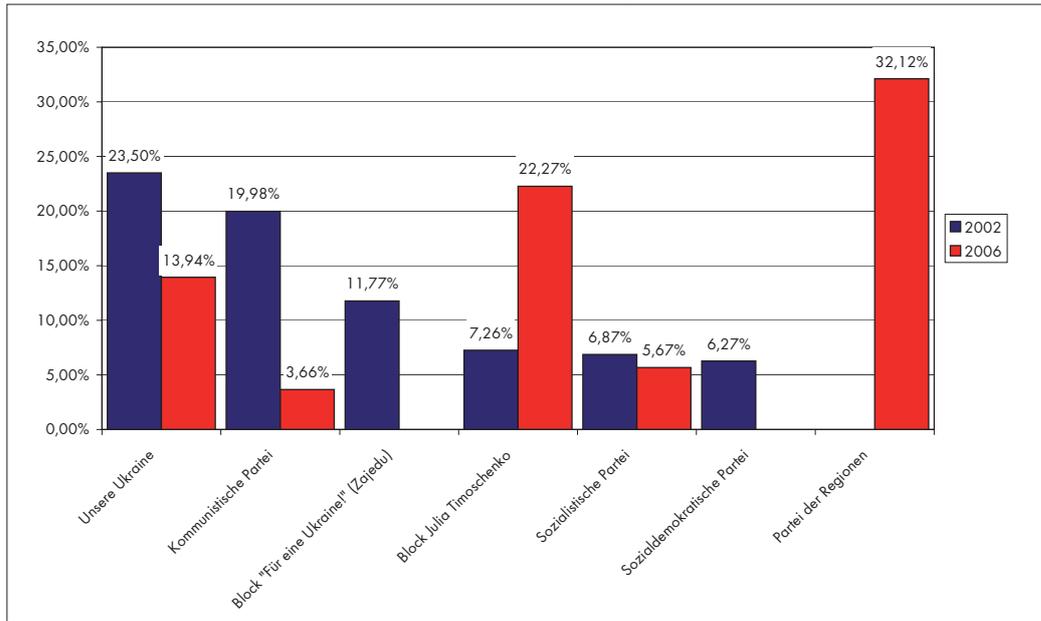
Platz	Partei	Stimmanteil	Stimmen absolut
1	Partei der Regionen	32,14%	8 148 745
2	Block Julia Timoschenko	22,29%	5 652 876
3	Wahlblock „Unsere Ukraine“	13,95%	3 539 140
4	Sozialistische Partei der Ukraine	5,69%	1 444 224
5	Kommunistische Partei der Ukraine	3,66%	929 591
6	Block Natalia Witrenko „Volksopposition“	2,93%	743 704
7	Volksblock Litwin	2,44%	619 905
	Wahlbeteiligung	67,7%	

Quelle: Zentrale Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua/vnd2006/w6p001.html>

Grafik 1: Sitzverteilung im Parlament

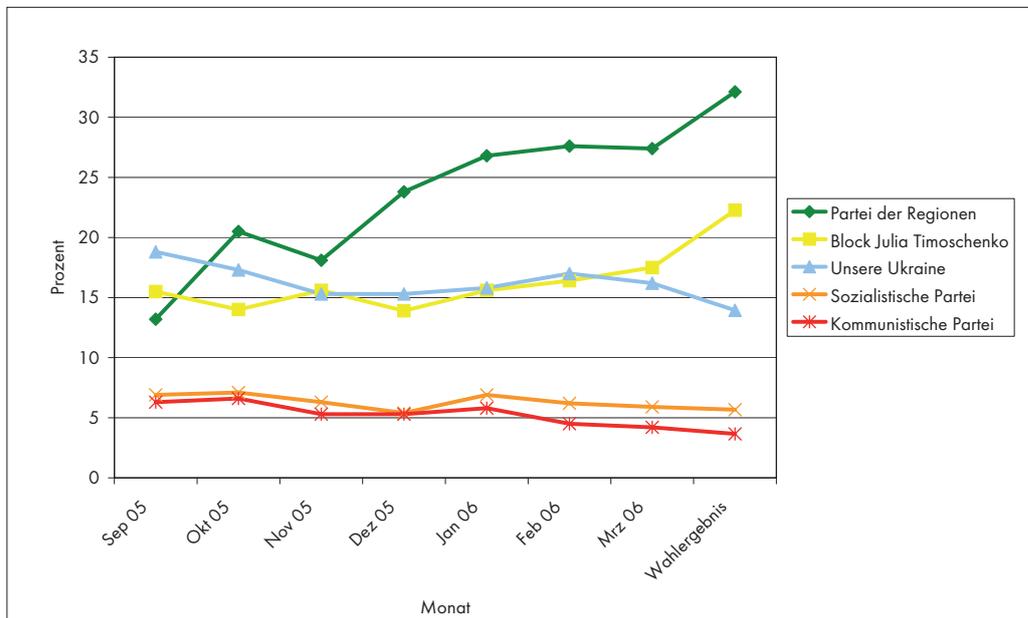


Grafik 2: Wahlergebnisse 2002 und 2006 im Vergleich



Quellen: <http://www.cvk.gov.ua/> und http://www.forumnetukraine.org/ParlaWahlErgebnisse_31M%C3%A4rz2002.DOC

Grafik 3: Zustimmungswerte der Parteien in der Wahlkampfphase



Quelle: INSI, Kiew; <http://insi.org.ua>

Tabelle 2: Stärkste politische Kraft nach Regionen

Region	Stärkste Partei	Stimmenanteil in %
Oblast Iwano-Frankiwnsk	Unsere Ukraine	45,04
Oblast Lwiw	Unsere Ukraine	37,94
Oblast Transkarpatien	Unsere Ukraine	25,77
Oblast Chmelnyzkyj	Block Julia Timoschenko	35,55
Oblast Czernowitz	Block Julia Timoschenko	30,34
Oblast Kiew	Block Julia Timoschenko	44,47
Oblast Kirowohrad	Block Julia Timoschenko	30,12
Oblast Poltawa	Block Julia Timoschenko	26,80
Oblast Riwnie	Block Julia Timoschenko	31,30
Oblast Schitomyr	Block Julia Timoschenko	24,91
Oblast Sumy	Block Julia Timoschenko	33,24
Oblast Ternopil	Block Julia Timoschenko	34,49
Oblast Tscherkassy	Block Julia Timoschenko	38,23
Oblast Tschernihiw	Block Julia Timoschenko	33,84
Oblast Winnyzja	Block Julia Timoschenko	33,23
Oblast Wolhynien	Block Julia Timoschenko	43,86
Stadt Kiew	Block Julia Timoschenko	39,22
Autonome Republik Krim	Partei der Regionen	57,92
Oblast Charkiw	Partei der Regionen	51,66
Oblast Cherson	Partei der Regionen	39,14
Oblast Dnipropetrowsk	Partei der Regionen	44,95
Oblast Donezk	Partei der Regionen	73,63
Oblast Luhansk	Partei der Regionen	74,27
Oblast Mykolajiw	Partei der Regionen	50,35
Oblast Odessa	Partei der Regionen	47,48
Oblast Saporischschja	Partei der Regionen	51,23
Stadt Sewastopol	Partei der Regionen	64,25

Quelle: Zentrale Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua/>

Tabelle 3: Ergebnisse nach Regionen

	Partei der Regionen	Block Julia Timoschenko	Unsere Ukraine	Sozialistische Partei	Kommunistische Partei
<i>Ukraine insgesamt</i>	32,12	22,27	13,94	5,67	3,66
Charkiw	51,66	12,67	5,91	2,74	4,56
Cherson	39,14	17,43	9,73	4,81	6,75
Chmelnyzkyj	9,97	35,55	18,28	9,18	3,05
Czernowitz	12,71	30,34	27,04	4,48	1,70
Dnipropetrowsk	44,95	15,02	5,28	3,79	5,65
Donezk	73,63	2,46	1,40	3,74	3,13
Iwano-Frankiwsk	1,94	30,33	45,04	2,27	0,58
Kiew-Region	9,84	44,47	11,59	10,02	2,27
Kiew-Stadt	11,76	39,22	15,84	5,50	2,98
Kirowohrad	20,10	30,12	8,71	9,68	6,07
Krim	57,92	6,53	7,61	1,17	4,52
Luhansk	74,27	3,68	2,04	1,16	4,43
Lwiw	3,01	33,04	37,94	2,17	0,70
Mykolajiw	50,35	11,88	5,59	4,26	5,33
Odesa	47,48	9,84	6,43	6,26	3,17
Poltawa	20,37	26,80	13,16	12,72	5,43
Riwne	7,23	31,30	25,48	6,45	1,86
Saporischschja	51,23	10,89	5,32	2,91	5,33
Schitomyr	17,98	24,91	17,53	8,89	5,34
Sewastopol	64,25	4,53	2,39	0,81	4,76
Sumy	10,90	32,24	19,39	10,54	5,35
Ternopil	2,01	34,49	34,15	3,64	0,44
Transkarpatien	18,62	20,27	25,77	3,64	1,26
Tscherkassy	10,65	38,23	12,17	13,37	4,36
Tschernihiw	15,60	33,84	10,28	12,81	5,45
Wolin	4,49	43,86	20,70	4,02	2,22
Winniycja	8,13	33,23	19,95	14,63	3,43

Quelle: Peter Hilkes, forumNET.Ukraine nach Angaben der Zentralen Wahlkommission

Koalitionsverhandlungen und Regierungsbildung vom 26. März bis 6. September 2006

26.3.2006	Bei den Parlamentswahlen wird die Partei der Regionen stärkste Kraft. Danach folgen der Block Julia Timoschenko und Unsere Ukraine. Die Wahlbeteiligung liegt bei knapp 60%. Die Zentrale Wahlkommission kündigt das amtliche Endergebnis für den 29.3. an.
27.3.2006	In ersten Reaktionen auf das Wahlergebnis zeichnet sich eine Wiederauflage der Orangen Koalition ab.
28.3.2006	Präsident Viktor Juschtschenko führt nach der Parlamentswahl erste Gespräche mit Vertretern aller Parteien, die eindeutig über die 3%-Hürde gekommen sind. Die Zentrale Wahlkommission hat erst 80% der Stimmen ausgezählt. Julia Timoschenko erklärt anschließend eine Neuaufgabe der Orangen Koalition für möglich, während Alexander Moroz darauf verweist, dass es für konkrete Entscheidungen noch zu früh sei. Viktor Janukowitsch stimmt mit Juschtschenko überein, dass die Wahlen trotz organisatorischer Mängel insgesamt „demokratisch und transparent“ waren.
30.3.2006	Die Zentrale Wahlkommission gibt das vorläufige Endergebnis der Parlamentswahl bekannt. Die meisten Stimmen erhielt die Partei der Regionen mit 32%, gefolgt vom Block Timoschenko mit 22% und Unsere Ukraine mit 14%. Ebenfalls über die 3%-Hürde kamen noch die Sozialisten mit 6% und die Kommunisten mit 4%. Die Wahlbeteiligung lag bei 68%. Leicht korrigierte Zahlen für das Ergebnis werden am 10.4. veröffentlicht. Da mehrere Parteien eine Stimmenneuauszählung beantragt haben, kann noch kein amtliches Endergebnis bekanntgegeben werden.
1.4.2006	Präsident Viktor Juschtschenko ruft in einer Radioansprache die „demokratischen Kräfte“ zu einer Neuaufgabe der Orangen Koalition auf. Julia Timoschenko beansprucht daraufhin für sich eindeutig die Position der Ministerpräsidentin.
4.4.2006	Das Parlament kommt zu seiner letzten Sitzung der alten Legislaturperiode zusammen. Die Anträge mehrerer Fraktionen auf eine Neuauszählung der Parlamentswahl werden abgelehnt. Auch die überfällige Berufung von sechs Verfassungsrichtern scheitert. Die Debatte über die vom Präsidenten und vom Richterkongress vorgeschlagenen Kandidaten wird von der Partei der Regionen blockiert.
4.4.2006	Der Vorsitzende der Partei der Regionen Viktor Janukowitsch ruft dazu auf, seine Partei in Koalitionsverhandlungen einzubeziehen und nicht durch eine diskriminierende Behandlung das Land zu spalten.
5.4.2006	Unsere Ukraine spricht sich für Koalitionsverhandlungen mit dem Block Timoschenko und den Sozialisten aus. Zu Verhandlungsführern werden Wahlkampfmanager Roman Bezsmertni und Ministerpräsident Juri Jechanurow bestimmt.
10.4.2006	In Kiew beginnen die Koalitionsverhandlungen zwischen Unsere Ukraine, Block Timoschenko und den Sozialisten.
11.4.2006	Nachdem die Zentrale Wahlkommission am Vortag ihr Endergebnis der Parlamentswahl präsentiert hat, verbietet das Oberste Verwaltungsgericht die Publikation des Ergebnisses in den ukrainischen Amtsblättern, die das Ergebnis zum offiziellen amtlichen Endergebnis machen würde. Mehrere Parteien hatten Einspruch gegen das Ergebnis eingelegt und eine Neuauszählung der Stimmen verlangt.
11.4.2006	Präsident Viktor Juschtschenko trifft sich mit Leitern aller fünf im Parlament vertretenen Parteien, um den Prozess der Koalitionsbildung zu erörtern.
13.4.2006	Die Vertreter des orangen Lagers, der Block Timoschenko, Unsere Ukraine und die Sozialisten, entwerfen ein Protokoll, das die Bildung einer gemeinsamen Regierungskoalition unter Julia Timoschenko als Ministerpräsidentin vorsieht.
18.4.2006	Die Koalitionsverhandlungen der orangen Parteien werden durch heftige Vorwürfe zwischen Vertretern des Blocks Timoschenko und Unsere Ukraine belastet. Zentraler Streitpunkt ist die mögliche Kandidatur von Julia Timoschenko als Ministerpräsidentin.

26.4.2006	Das Oberste Verwaltungsgericht lehnt die Klage von vier ukrainischen Parteien und Wahlblöcken gegen das Ergebnis der Parlamentswahl vom 26.3.2006 ab. Die Zentrale Wahlkommission kann damit das offizielle amtliche Endergebnis veröffentlichen.
5.5.2006	Nach Gesprächen mit den Leitern der im Parlament vertretenen Parteien erklärt Präsident Viktor Juschtschenko, dass die Koalitionsgespräche gute Fortschritte machen würden und eine abschließende Einigung bis zum 24.5.2006 realistisch erscheine.
12.5.2006	In einem Interview mit der polnischen Gazeta Wyborcza spricht sich Präsident Viktor Juschtschenko dezidiert gegen eine Regierungskoalition mit der Partei der Regionen von Viktor Janukowitsch aus. Er schließt nicht aus, dass Julia Timoschenko erneut Ministerpräsidentin wird.
16.5.2006	Die an den Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung beteiligten Parteien haben nach einem Bericht von Radio Free Europe / Radio Liberty eine ganze Reihe unterschiedlicher Entwürfe für Koalitionsverhandlungen erstellt. Roman Zwaritsch, einer der Verhandlungsführer von Unsere Ukraine, erklärt, seine Partei würde die Verhandlungen aussetzen, da die Posten des Ministerpräsidenten und des Parlamentsvorsitzenden an die beiden anderen Verhandlungspartner gehen sollen.
25.5.2006	Das am 26. März gewählte Parlament tritt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Gemäß der zum Jahresanfang in Kraft getretenen Verfassungsänderungen kann der Präsident das Parlament auflösen, wenn es nicht innerhalb von 30 Tagen eine Mehrheit und innerhalb von 60 Tagen eine Regierung bildet. Auf Antrag von Block Timoschenko, Unsere Ukraine und Sozialisten wird die Sitzung auf den 7.6.2006 vertagt. Bis dahin wollen die drei Parteien sich auf die Bildung einer Mehrheit einigen.
7.6.2006	Das Parlament kommt zur Fortsetzung der am 25.5. vertagten konstituierenden Sitzung zusammen. Auf Antrag der drei in Koalitionsverhandlungen befindlichen Parteien Block Timoschenko, Unsere Ukraine und Sozialisten, wird die Sitzung gleich wieder auf den 14.6. vertagt. Ein Versuch von Vertretern der Oppositionsparteien, die Abstimmung durch die Ausschaltung des elektronischen Stimmabgabesystems zu verhindern, ist nicht erfolgreich.
10.6.2006	Die Verhandlungen zur Bildung einer Regierungskoalition zwischen Block Timoschenko, Unsere Ukraine und den Sozialisten werden abgebrochen. Grund ist nach Angaben von Unsere Ukraine das Beharren der Sozialisten auf den Posten des Parlamentssprechers. Unsere Ukraine als zweitgrößter Koalitionspartner beansprucht den Posten für sich, da der Block Timoschenko als größter Partner die Ministerpräsidentin stellen soll.
13.6.2006	Nach dem Abbruch der Koalitionsverhandlungen durch Unsere Ukraine, beziehen alle politischen Kräfte neue Stellung. Der Block Timoschenko lehnt Verhandlungen mit der Partei der Regionen ab. Die Sozialisten erklären sich zu Zugeständnissen bereit, um eine orange Koalition zu ermöglichen. Die Partei der Regionen erklärt sich grundsätzlich zu Koalitionsverhandlungen bereit.
14.6.2006	Unsere Ukraine und die Partei der Regionen nehmen Verhandlungen über die Bildung einer Regierungskoalition auf.
15.6.2006	Die bereits zwei mal vertagte erste Parlamentssitzung wird mit den Stimmen von Unsere Ukraine und der Partei der Regionen auf den 20.6. vertagt.
20.6.2006	In der Parlamentssitzung präsentieren alle Fraktionen ihre Haltung zu den laufenden Koalitionsverhandlungen. Anschließend wird die Sitzung vertagt.
21.6.2006	In der wieder aufgenommenen Parlamentssitzung verkünden Unsere Ukraine, Block Timoschenko und Sozialisten ihre Einigung auf eine Regierungskoalition. Die Sitzung wird anschließend mit den Stimmen der Koalitionäre auf den 27.6. vertagt. Bis dahin sollen alle personellen Fragen geklärt werden.

22.6.2006	Alle Koalitionspartner unterzeichnen eine formelle Einigung. Der Posten der Ministerpräsidentin geht an Julia Timoschenko. Unsere Ukraine wird den Parlamentspräsidenten stellen. Nach einem inoffiziellen Bericht der Internetzeitung Ukrainska Prawda erhält der Block Timoschenko neun Ministerposten, darunter die Ressorts Wirtschaft, Finanzen und Energie. Unsere Ukraine erhält einen stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie sechs Ministerposten, darunter die Ressorts Inneres und Justiz wie wohl auch das Aussenministerium. Gleichzeitig wird der Block Timoschenko 13 Parlamentskommissionen leiten, Unsere Ukraine neun und die Sozialisten drei. (http://www2.pravda.com.ua/en/news/2006/6/22/5545.htm)
23.6.2006	Präsident Viktor Juschtschenko trifft sich mit den Leitern der Koalitionsparteien, um die Regierungsbildung zu besprechen.
26.6.2006	Die Opposition aus Partei der Regionen und kommunistische Partei kündigt eine Blockade des Parlaments an, um die für den 27. Juni geplanten Richterernennungen für das Verfassungsgericht zu blockieren. Die Opposition verlangt, dass zunächst der Parlamentssprecher gewählt und die Parlamentsausschüsse gebildet werden müssen. Die Opposition fürchtet, dass Präsident Viktor Juschtschenko das reaktivierte Verfassungsgericht ersuchen könnte, die Verfassungsreform von 2004 rückgängig zu machen.
27.6.2006	Unsere Ukraine schlägt Petro Poroschenko als Parlamentssprecher vor. Die Partei der Regionen blockiert Parlamenteingang und Podium und verhindert so eine Abstimmung. Sie lehnt es ab, Ministerpräsident und Parlamentssprecher in einer einzigen, offenen Wahl zu wählen. Des weiteren verlangt sie, als größte Fraktion bei der Vergabe der Vorsitze von Parlamentsausschüssen berücksichtigt zu werden.
30.6.2006	Die Regierungskoalition zeigt sich verhandlungsbereit, während Viktor Janukowitsch erklärt, die Blockade des Parlaments werde nur aufgelöst, wenn seine Forderungen erfüllt werden.
3.7.2006	Präsident Viktor Juschtschenko schließt die Auflösung des Parlaments und darauf folgende Neuwahlen aus, mahnt aber die Parteien zu einer Lösung. Eine geplante Verhandlungsrunde ist zuvor geplatzt, weil Viktor Janukowitsch nicht erschienen ist.
7.7.2006	Alexander Moroz wird unerwartet von den Sozialisten und der Partei der Regionen zum Parlamentssprecher gewählt. Julia Timoschenko ruft Viktor Juschtschenko auf, dass Parlament aufzulösen.
7.7.2006	Die Sozialisten, die Partei der Regionen und die Kommunisten unterschreiben eine Vereinbarung zur Bildung einer Anti-Krisen-Koalition, die mit 240 Stimmen im Parlament eine Mehrheit besitzt.
11.7.2006	Eine neue Koalition aus der Partei der Regionen, Sozialisten und Kommunisten wird offiziell bekannt gegeben. Als neuer Ministerpräsident wird Viktor Janukowitsch nominiert.
11.7.2006	Mitglieder des Blocks Timoschenko unterbrechen den neuen Parlamentssprecher Alexander Moroz mit Megaphonen, woraufhin im Parlament ein Handgemenge ausbricht. Julia Timoschenko kündigt an, dass ihre Partei an keiner weiteren Parlamentssitzung teilnehmen wird und sich auf Neuwahlen vorbereitet.
12.7.2006	Der Block Julia Timoschenko ruft die Ukrainer zur Verteidigung der demokratischen Errungenschaften der Orangen Revolution auf. Einige Tausend Sympathisanten folgen dem Aufruf und errichten Zelte auf dem Kiewer Unabhängigkeitsplatz.
13.7.2006	Viktor Juschtschenko fordert das Parlament auf, die Auseinandersetzungen beizulegen und einen Ministerpräsidenten zu nominieren.
13.7.2006	Unsere Ukraine dementiert Gerüchte, dass mit der Partei der Regionen Gespräche über eine Verbreiterung der Anti-Krisen-Koalition geführt würden. Es sei entschieden worden, der Koalition nicht beizutreten.
14.7.2006	Die Anti-Krisen-Koalition spricht sich für eine volle Mitgliedschaft der Ukraine in der EU und der Vervollständigung eines einheitlichen Wirtschaftsraums mit Russland aus. Ein NATO-Beitritt wird von einem Referendum abhängig gemacht.
15.7.2006	Viktor Juschtschenko warnt vor den Folgen einer möglichen Neuwahl, falls die Mitglieder des Parlaments bis zum 25. Juli zu keiner endgültigen Einigung gekommen sind.

18.7.2006	Unsere Ukraine gibt bekannt, dass sie die Legitimität der Anti-Krisen-Koalition anerkennt und in die Opposition geht.
18.7.2006	Die Kandidatur Viktor Janukowitschs zum Ministerpräsidenten wird offiziell an Viktor Juschtschenko übermittelt.
18.7.2006	Julia Timoschenko spricht sich für eine Blockade des Parlaments aus, um Neuwahlen zu erzwingen.
18.7.2006	Das Parlament akzeptiert eine Resolution zur Verteilung der Ausschüsse an die Parlamentsfraktionen. Acht Ausschüsse werden von der Partei der Regionen geleitet, drei von den Sozialisten, drei von den Kommunisten, sieben vom Block Timoschenko und fünf von Unsere Ukraine. Der Ausschuss zur Wirtschaftspolitik wird vom Unsere Ukraine Parlamentarier Wolodymyr Saplatynski geleitet, welcher der Anti-Krisen-Koalition beigetreten ist.
18.7.2006	Julia Timoschenko erklärt, keinen zivilen Ungehorsam gegen die neue Regierungskoalition zu planen.
19.7.2006	Alexander Moroz kündigt an, dass die neue Koalition voraussichtlich innerhalb von zwei Tagen eine Regierung bilden werde.
20.7.2006	Der Block Timoschenko boykottiert das Parlament mit der Absicht die Nominierung Viktor Janukowitsch zu verhindern und Neuwahlen zu erzwingen.
20.7.2006	Viktor Janukowitsch erklärt erneut, dass Verhandlungen mit Unsere Ukraine über den Beitritt zur Koalition geführt werden.
20.7.2006	Viktor Janukowitsch erklärt nach einem Treffen mit Viktor Juschtschenko, dieser sei nicht daran interessiert das Parlament aufzulösen.
20.7.2006	Der Block Timoschenko bezichtigt die Koalition Schmiergelder an Parlamentarier zu zahlen, um diese für sich zu gewinnen. Weiterhin gibt der Block Timoschenko bekannt, dass seine Fraktionsmitglieder am 4. Juli ihre Parlamentssitze aufgegeben werden, um damit die Auflösung des Parlaments und Neuwahlen zu erzwingen.
24.7.2006	Der Block Timoschenko gibt bekannt, dass 125 Abgeordnete eine Deklaration unterschrieben haben und das Parlament verlassen. Bei einer Beteiligung von mehr als 150 Parlamentarieren, also einem Drittel, gibt es für Präsident Viktor Juschtschenko die Möglichkeit das Parlament aufzulösen.
25.7.2006	Alexander Moroz unterstützt den Vorschlag von Viktor Juschtschenko, am Runden Tisch eine Einigung zu suchen.
27.7.2006	Bei Gesprächen am runden Tisch wird eine Einigkeitsdeklaration eingebracht, um die Ziele „Beitritt zur EU und zur NATO“ festzulegen. Laut Viktor Janukowitsch ist Juschtschenko nun bereit sich aus dem Koalitionsbildungsprozess herauszuhalten.
2.8.2006	An einer Demonstration für Neuwahlen in der Kiewer Innenstadt beteiligen sich etwa 5000 Menschen.
3.8.2006	Die Gespräche am Runden Tisch werden abgeschlossen. Die Koalitionsparteien (Partei der Regionen, Sozialisten und Kommunisten) unterzeichnen gemeinsam mit Präsident Juschtschenko und Unsere Ukraine eine Einigkeitsdeklaration. Viktor Juschtschenko akzeptiert die Kandidatur von Viktor Janukowitsch für das Amt des Ministerpräsidenten.
4.8.2006	Viktor Janukowitsch wird vom Parlament mit 271 von 450 Stimmen zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Sein Kabinett besteht aus 11 Mitgliedern der Partei der Regionen, 8 dem Präsidenten nahe stehende Minister und jeweils zwei aus den Reihen der Sozialisten und Kommunisten.
4.8.2006	Das Parlament wählt fünf Richter für das Verfassungsgericht. Das Verfassungsgericht ist damit wieder funktionsfähig.
4.8.2006	Das Parlament stimmt mit 274 Stimmen dafür, dem Verfassungsgericht die Möglichkeit zu nehmen, die Verfassungsänderungen vom Dezember 2004 zu revidieren.

Zusammengestellt von Niko Gebauer.

Demokratie lernen

Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Auftrag in Orange

Die Akteure der Orangen Revolution vom Jahresende 2004 verstanden sich als Wegbereiter der Demokratie. Mit ihren Protesten gegen die Manipulationen bei der Präsidentschaftswahl, für die Präsident Leonid Kutschma und Präsidentschaftskandidat Viktor Janukowitsch verantwortlich gemacht wurden, wollten sie die unter Kutschma entstandenen autoritären Tendenzen insgesamt rückgängig machen. Diese Einschätzung der Orangen Revolution als demokratische Bewegung wurde von der großen Mehrheit der westlichen Beobachter in Medien, Politik und Wissenschaft geteilt.

Dementsprechend wird die Bildung einer Regierungskoalition mit Janukowitsch als Ministerpräsidenten von vielen als Ende der Orangen Revolution gesehen. Und das Einlenken von Präsident Viktor Juschtschenko und Teilen seiner Partei „Unsere Ukraine“ wird zumindest als Fehler von etlichen Orangen aber auch als offener Verrat kritisiert.

Das Wesen von Demokratie

Demokratie bedeutet aber nicht, dass die „Guten“ (von wem auch immer wie auch immer definiert) gewinnen. Vielmehr ist Demokratie als Regierungssystem in modernen Gesellschaften gerade deswegen so erfolgreich, weil sie unterstellt, dass Regierende vielen Versuchungen ausgesetzt sind und deswegen etliche Kontrollmechanismen einführt. Ein zentraler Aspekt ist dabei die Gewaltenteilung, die die Konzentration von Vollmachten in der Hand eines Diktators verhindert. Hinzu kommt die Festlegung von Verfahren der politischen Entscheidungsfindung, die für alle Akteure verbindlich sind. Zu den demokratischen Kontrollmechanismen gehört auch eine kritische Öffentlichkeit, die mit Hilfe von Massenmedien die Regierenden überwacht, Handlungsoptionen diskutiert und ausgehend von ihrer Einschätzung in regelmäßigen Wahlen über die Besetzung politischer Ämter (mit)bestimmt.

Im Ergebnis bedeutet dies, dass wer auch immer gerade in einem demokratischen System regiert zum einen in seinen Handlungsmöglichkeiten erheblich eingeschränkt ist und zum anderen im Interesse des Machterhalts bemüht sein muss, die Erwartungen der Wähler zumindest besser zu erfüllen als seine Konkurrenten. In diesem Sinne ist die Ernennung von Janukowitsch zum Ministerpräsidenten nicht das Ende der Orangen Revolution sondern ihre zentrale Bewährungsprobe. Wenn der Politiker, der vorher demokratische Kontrollen umgangen und demokratische Regeln manipuliert hat, nun veranlasst wird, die demokratischen Bedingungen zu akzeptieren, dann hat die Orange Revolution die gesamte Ukraine erreicht. Nicht zufällig wird in der Transformationsforschung eine Demokratie dann als konsolidiert bezeichnet, wenn der erste demokratische Machtwechsel gewaltlos vollzogen wurde.

Demokratie lernen

Dieses Verständnis von Demokratie als System der Ämtervergabe und Entscheidungsfindung müssen alle politischen Lager in der Ukraine verinnerlichen, wenn ein stabiles demokratisches System entstehen soll. Wie die Koalitionsverhandlungen gezeigt haben, gibt es hier nicht nur beim blauen Lager um Viktor Janukowitsch sondern auch beim orangen Lager um Viktor Juschtschenko und Julia Timoschenko erhebliche Defizite.

Beide Lager haben Probleme, ihnen nicht passende Parlamentsentscheidungen zu akzeptieren. Während die Blauen das Parlament blockierten, als sie von der Regierungskoalition ausgeschlossen werden sollten, störten die Orangen eine Sitzung mit Lautsprecher sirenen als sich ihre Nichteinbeziehung abzeichnete. Handgemenge scheinen mittlerweile zu den zentralen Argumenten fast aller Parlamentarier geworden zu sein.

Auch die Einbeziehung der Opposition in die Parlamentsarbeit ist ein kritischer Punkt. Die Orangen teilten in ihrer Koalitionsabsprache die Vorsitze aller Parlamentsausschüsse unter sich auf, so dass mit der Partei der Regionen von Janukowitsch die größte Fraktion unberücksichtigt blieb. Die neue Koalition unter Janukowitsch hat nun alle Fraktionen angemessen berücksichtigt.

Grundsätzlich geht es darum, demokratisch gefällte Entscheidungen auch dann zu akzeptieren, wenn sie der eigenen Vorstellung nicht entsprechen. Janukowitsch ist Ende 2004 dazu gezwungen worden, demokratische Wahlen zu akzeptieren. Nun muss auch Julia Timoschenko lernen, dass Demokratie heißt, auch unangenehme Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. Derzeit klingt sie häufig noch so, als wolle sie sagen „Demokratie bin ich.“ Insgesamt sollten die ukrainischen Parlamentarier beginnen ihre eigenen Verfahrensregeln ernst zu nehmen. Zentral ist dabei, dass die Verfassung aufhört, Gegenstand politischer Manipulationsversuche zu sein und endlich als Regel oberhalb der politischen Streitigkeiten etabliert wird.

Ausblick

Die Aufmerksamkeit der meisten Kommentare zur neuen Regierung Janukowitsch richtet sich auf die außenpolitische Orientierung und auf die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven. Dies sind unbestritten wichtige Fragen. Aber eine radikale Wende dürfte hier nicht zu erwarten sein. Weder Janukowitsch in seiner ersten Amtszeit unter Präsident Kutschma noch die folgenden Regierungen unter Präsident Juschtschenko haben es geschafft, grundlegende Reformen durchzuführen. Insofern dürfte unter einer erneuten Regierung Janukowitsch auch nicht mit dramatischen Entwicklungen zu rechnen sein. Außenpolitisch muss die Ukraine eine Balance halten, um ihre Verhandlungsposition zu wahren. Wirtschaftspolitisch sind die rivalisierenden Interessen so ausgeprägt, dass nur schrittweise Reformen möglich erscheinen. Auf diese weit reichende Reformblockade ist auch ein großer Teil der öffentlichen Enttäuschung mit der orangen Revolution und insbesondere mit Präsident Juschtschenko zurückzuführen.

Wenn es Juschtschenko aber gelingen sollte, seinen Konkurrenten Janukowitsch in eine demokratische Politikgestaltung einzubinden, dann könnte die Präsidentschaft Juschtschenkos doch noch eine Erfolgsgeschichte werden. Sowohl für die ukrainische Gesellschaft als auch für die Interessen der Europäischen Union ist die vollständige Etablierung stabiler demokratischer Regeln viel wichtiger, als eine kurzfristige Akzentverschiebung in der ukrainischen Außenpolitik.

Die ursprüngliche Zusammensetzung der Regierung Janukowitsch

Premierminister und Stellvertreter

Premierminister:	JANUKOWYTSCH, Viktor (Partei der Regionen)
1. Vizepremierminister:	ASAROW, Mykola (Partei der Regionen)
Vizepremierminister:	KLJUJEW, Andrij (aufgestellt von Partei der Regionen)
Vizepremierminister:	TABATSCHNYK, Dmytro (aufgestellt von Partei der Regionen)
Vizepremierminister:	RYBAK, Wolodymyr (Partei der Regionen)
Minister beim Ministerkabinett der Ukraine:	TOLSTOUCHOW, Anatolij (Partei der Regionen)
Minister für Verbindung mit dem Parlament:	TKALENKO, Iwan (aufgestellt von Partei der Regionen)

Ministerien

Innenministerium der Ukraine:	LUZENKO, Jurij (aus der Sozialistischen Partei Mitte Juli 2006 ausgetreten)
Wirtschaftsministerium:	MAKUCHA, Wolodymyr (Partei der Regionen)
Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik der Ukraine:	PAPIJEW, Mychajlo (aufgestellt von Partei der Regionen)
Ministerium für Brennstoff und Energetik der Ukraine:	BOJKO, Jurij (Partei der Regionen)
Ministerium für Kohleindustrie der Ukraine:	TULUB, Serhij (Partei der Regionen)
Außenministerium der Ukraine:	TARASJUK, Borys („Unsere Ukraine“)
Ministerium für Kultur und Tourismus der Ukraine:	LICHOWYJ, Ihor (aufgestellt von „Unsere Ukraine“)
Verteidigungsministerium der Ukraine:	HRYZENKO, Anatolij („Unsere Ukraine“)

Ministerium für Bildung und Wissenschaft der Ukraine:

NIKOLAJENKO, Stanislaw (Sozialistische Partei der Ukraine)

Ministerium für Familie, Jugend und Sport der Ukraine:

PAWLENKO, Jurij („Unsere Ukraine“)

Gesundheitsministerium der Ukraine:

POLJATSCHENKO, Jurij (aufgestellt von „Unsere Ukraine“)

Ministerium der Ukraine für Fragen außergewöhnlicher Situationen und für Bevölkerungsschutz infolge der Tschornobyl-Katastrophe:

BALOHA, Viktor („Unsere Ukraine“)

Finanzministerium der Ukraine:

ASAROW, Mykola (Partei der Regionen)

Justizministerium der Ukraine:

SWARYTSCH, Roman („Unsere Ukraine“)

Ministerium für Umwelt und Naturschätze der Ukraine:

DSCHARTY, Wasyl (Partei der Regionen)

Ministerium für Transport und Kommunikation der Ukraine:

RUDKOWSKYJ, Mykola (Sozialistische Partei der Ukraine)

Ministerium für Bauwesen, Architektur sowie Wohnungs- und Kommunalwirtschaft der Ukraine:

RYBAK, Wolodymyr (Partei der Regionen)

Ministerium für Fragen der Industriepolitik der Ukraine:

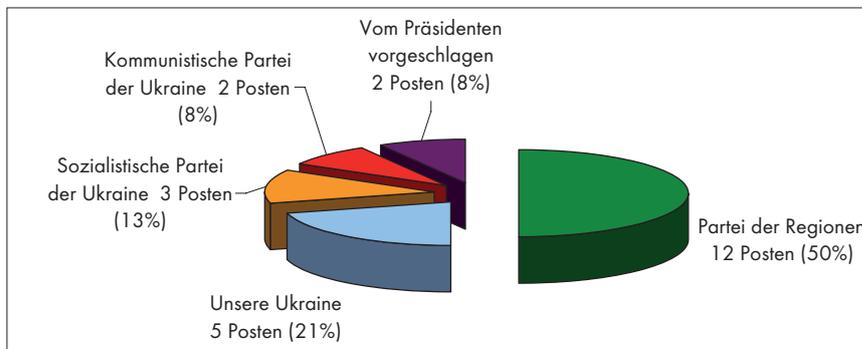
HOLOWKO, Anatolij (Kommunistische Partei der Ukraine)

Ministerium für den agrarindustriellen Komplex der Ukraine:

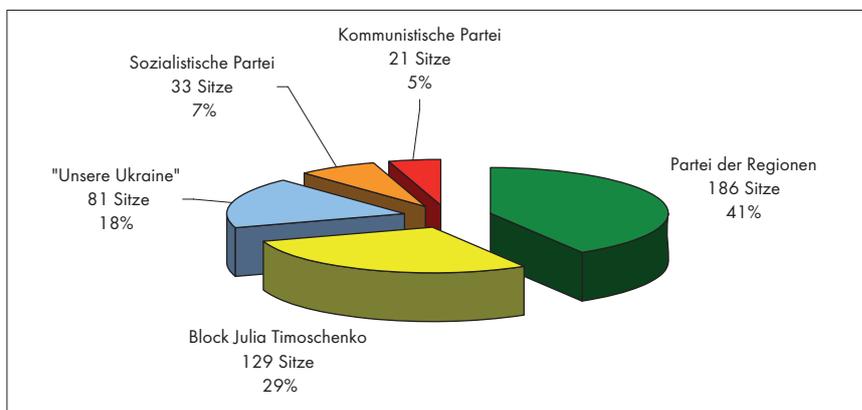
MELNYK, Jurij (Kommunistische Partei der Ukraine)

©Peter Hilkes, *forumNET.Ukraine*

Grafik 1: Verteilung der Ministerposten im Kabinett nach Parteizugehörigkeit



Grafik 2: Sitzverteilung im Parlament



Kurzbiographien der Minister



Viktor Janukowitsch (PdR)

Premierminister

Vorsitzender der PdR

Geb. 1950, von 05/1999 bis 05/2001 Gouverneur der Oblast Donezk, von 11/2002 bis 01/2005 Premierminister der Ukraine, verlor im dritten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 26. Dezember 2004 mit 44,2% der Stimmen gegen Viktor Juschtschenko (52,0%).

1.) VORGESCHLAGEN VON PRÄSIDENT JUSCHTSCHENKO („QUOTE DES PRÄSIDENTEN“):



Borys Tarasjuk (Ruch, NU)

Außenminister

*Vorsitzender der Partei „Ruch“
(Fraktion Nascha Ukraina)*

Geb. 1949, war bereits von 04/1998 bis 09/2000 Außenminister der Ukraine unter Premierminister Juschtschenko, erneut Außenminister seit 02/2005 (unter Timoschenko und Jechanurow).



Anatolij Hryzenko (parteilos)

Verteidigungsminister

Geb. 1957, Oberst a.D., ehemaliger Präsident des renommierten Rasumkow-Zentrums, seit Februar 2005 Verteidigungsminister (bereits unter Timoschenko und Jechanurow).

2.) AUFGESTELLT VON DER PARTEI DER REGIONEN (PdR):



Mykola Asarow (PdR)

1. Vizepremierminister und Finanzminister, Mitglied der PdR

Geb. 1947, Professor der Geophysik, von 09/1995 bis 10/1997 Vorsitzender des Haushaltsausschusses der Werchowna Rada, von 11/2002 bis 01/2005 erster Vizepremierminister und Finanzminister der Ukraine in der Regierung Janukowitsch.



Andrij Klujew (PdR)

Vizepremierminister für Energiefragen, Mitglied der PdR

Geb. 1964, war bereits von 12/2003 bis 01/2005 Vizepremierminister für Energiefragen in der ersten Regierung Janukowitsch. Zusammen mit seinem Bruder Serhij bildet er eine gesonderte Donezker Business-Gruppe, die in Konkurrenz zu Rinat Achmetow steht.



Dmytro Tabatschnyk (k.A.)

Vizepremierminister für humanitäre und soziale Fragen

Geb. 1963, hatte 1994 und 1998 den Wahlkampf für Leonid Kutschma geführt, 1994-1996 Chef der Präsidialverwaltung. Tabatschnyk war – ebenso wie Mykola Asarow und Andrij Klujew – Vizepremierminister in der ersten Regierung Janukowitsch (2002-2005).



Wolodymyr Rybak (PdR)

*Vizepremierminister und Minister für Bauwesen, Architektur, Wohnungs- und Kommunalwirtschaft
Mitglied der PdR*

Geb. 1946, gehört zum altgedienten Personal des Donezker Wirtschaftsklans, berät Janukowitsch seit langem, war einer der ersten, der erklärte, die PdR werde mit Präsident Juschtschenko zusammenarbeiten (dies erklärte er bereits im Januar 2005, nach der Wahlniederlage Janukowitschs in der dritten Runde der Präsidentschaftswahl), bekleidet zum ersten Mal ein Ministeramt.



Wolodymyr Makucha (PdR)

Wirtschaftsminister

Mitglied der PdR

Von 07/2004 bis 04/2005 stellv. Außenminister der Ukraine, ehem. Botschafter der Ukraine in Japan, gilt als überzeugter Anhänger einer aktiven Teilnahme der Ukraine am Einheitlichen Wirtschaftsraum mit Russland, Weißrussland und Kasachstan.



Mychajlo Papijew (k.A.)

Minister für Arbeit und Sozialpolitik

Geb. 1960, war bereits in der ersten Regierung Janukowitsch Arbeits- und Sozialminister.



Wasyl Dscharty (PdR)

Umweltminister, Mitglied der PdR

Geb. 1958, ein Mann Rinat Achmetows, Leiter der Wahlkampagne der PdR bei der Parlamentswahl 2006, bekleidet erstmals ein Ministeramt.



Jurij Bojko (RPU)

Minister für Brennstoff und Energie, Vorsitzender des Rates der RPU (Republikanische Partei der Ukraine)

Geb. 1958, leitete unter Präsident Kutschma die Gesellschaft „Naftogas Ukrainy“.



Serhij Tulub (parteilos)
Minister für Kohleindustrie
 Geb. 1953, war von 06/1998 bis 06/2000 Minister für Brennstoff und Energetik in den Regierungen Pustowojtenko und Juschtschenko.



Anatolij Tolstouchow (k.A.)
Minister beim Ministerkabinett der Ukraine
 Geb. 1956, war bereits von 07/2003 bis 01/2005 in der ersten Regierung Janukowytsch Minister beim Ministerkabinett der Ukraine.



Iwan Tkalenko (parteilos)
Minister für Verbindung mit dem Parlament
 Geb. 1955, war von 04/2003 bis 01/2005 Minister für Verbindung mit dem Parlament in der ersten Regierung Janukowytsch.

3.) AUFGESTELLT VON DER FRAKTION NASCHA UKRAINA (NU):



Roman Swarytsch (VUNU)
Justizminister, Mitglied der VUNU
 Geb. 1953, von 02/2005 bis 09/2005 Justizminister unter Premierministerin Timoschenko. Swarytsch ist Justiziar der VUNU und war maßgeblich an den Koalitionsverhandlungen nach der Parlamentswahl 2006 beteiligt.



Jurij Poljatschenko (k.A.)
Gesundheitsminister
 Geb. 1963, Arzt, ehem. stellvertretender Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates, Gesundheitsminister seit 10/2005 (bereits in der Regierung Jechanurow).



Ihor Lichowyj (parteilos)
Minister für Kultur und Tourismus
 Geb. 1957, war bereits Kultur- und Tourismusminister in der Regierung Jechanurow.



Jurij Pawlenko (VUNU)
Minister für Familie, Jugend und Sport, Vorsitzender der Jungen Union der VUNU
 Geb. 1975, seit Februar 2005 Familien-, Jugend- und Sportminister (bereits unter Timoschenko und Jechanurow).

Quelle: Ralf Wachsmuth, André Drewelowsky und Michael Ludwig: *Totgesagte leben länger – Viktor Janukowytsch ist wieder an der Macht, Politischer Kurzbericht, Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Kiew, 10. August 2006*
 Wiedergabe mit freundlicher Genehmigung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Kiew



Viktor Baloha (parteilos)
Minister für Fragen außergewöhnlicher Situationen und für Bevölkerungsschutz infolge der Tschernobyl-Katastrophe
 Geb. 1963, Katastrophenminister seit 09/2005 (bereits unter Jechanurow).

4.) AUFGESTELLT VON DER SOZIALISTISCHEN PARTEI DER UKRAINE (SPU):



Jurij Luzenko (parteilos)
Innenminister, Mitglied der SPU
 Geb. 1964, studierte Elektrotechnik in Lwiv, Mitorganisator der Protestaktionen in den Jahren 2000 und 2001 nach dem Mord an dem Journalisten Gongadse („Ukraine ohne Kutschma“) und einer der wichtigsten Organisatoren der orangenen Revolution, seit Januar 2005 Innenminister der Ukraine (bereits in den Regierungen Timoschenko und Jechanurow).



Stanislaw Nikolajenko (SPU)
Minister für Bildung und Wissenschaft, Mitglied der SPU
 Geb. 1956, seit 02/2005 Bildungs- und Wissenschaftsminister (bereits unter Timoschenko und Jechanurow).



Mykola Rudkowskyj (SPU)
Minister für Transport und Kommunikation, Mitglied der SPU
 Geb. 1967, bekleidet erstmals ein Ministeramt.

5.) AUFGESTELLT VON DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER UKRAINE (KPU):



Anatolij Holowko (k.A.)
Minister für Fragen der Industriepolitik
 Geb. 1954, ehemaliger stellvertretender Gouverneur der Oblast Saporischschja, bekleidet erstmals ein Ministeramt.



Jurij Melnyk (UVP)
Agrarminister, Mitglied der UVP (Ukrainische Volkspartei)
 Geb. 1962, war Vizepremierminister in der Regierung Jechanurow.

Erläuterungen:

PdR	Partei der Regionen
NU	Block Nascha Ukraina
VUNU	Partei Volksunion Nascha Ukraina
SPU	Sozialistische Partei der Ukraine
KPU	Kommunistische Partei der Ukraine

k.A. = keine Angabe

Der Konflikt um die Entlassung des Außenministers

In der ukrainischen Regierung eskalierte im November der Konflikt zwischen einem in der Außenpolitik eher pro-russischen Lager, das von Ministerpräsident Viktor Janukowitsch verkörpert wird, und einem pro-westlichen Lager, das von Außenminister Boris Tarasjuk und Verteidigungsminister Anatoli Hryzenko vertreten wird. Da Außen- und Verteidigungsminister vom Präsidenten und nicht vom Ministerpräsidenten ernannt werden, können sie eine unabhängige Linie verfolgen. Sie kritisierten so etwa im September öffentlich die Stellungnahme des Ministerpräsidenten während seines Besuches im NATO-Hauptquartier in Brüssel. (Siehe dazu die Ukraine-Analyse Nr. 12)

Mit der Mehrheit der Regierungskoalition fordert das Parlament die beiden Minister am 3.11. auf, zum 15.11. einen Tätigkeitsbericht zu präsentieren. Am 11.11. fordert Ministerpräsident Viktor Janukowitsch in einem Fernsehinterview Präsident Viktor Juschtschenko auf, Außenminister Boris Tarasjuk zu entlassen. Er führt aus: „Wie soll ich auf einen Minister reagieren, der erklärt, er stände in Opposition zur Regierung?“ Bei der Präsentation der Berichte am 15.11. kann sich das Parlament nicht auf eine Stellungnahme einigen.

Am 29.11. eskaliert der Konflikt zwischen Janukowitsch und Tarasjuk erneut, als der Ministerpräsident in einer im Fernsehen übertragenen Regierungssitzung ein offizielles Schreiben des Außenministeriums vorliest, das ihn informiert, dass seine USA-Reise auf unbestimmte Zeit verschoben werden müsse, da er nicht um die Zustimmung des Präsidenten für eine Regierungsverordnung zu den Zielen der Reise nachgesucht habe. In der Sitzung unterzeichnet Janukowitsch die Regierungsverordnung, die anschließend vom Präsidenten genehmigt wird. Janukowitsch erklärt, dass er seine Vorbehalte gegen den Außenminister schriftlich an das Parlament geben werde. Am 1.12. stimmt das Parlament mit 241 Stimmen für die Entlassung von Außenminister Boris Tarasjuk. Gleichzeitig stimmt das Parlament auch für die Entlassung von Innenminister Juri Luzenko. Am 3.12. trifft Ministerpräsident Janukowitsch zu seinem Besuch in Washington ein. Am 5.12. erklärt Präsident Juschtschenko, dass er die Entlassung der beiden Minister nicht akzeptiere.

Interview mit Außenminister Boris Tarasjuk, Vremja Novostei (15.11.2006)

<http://www.vremya.ru/2006/210/5/165610.html>

[Auszüge]

Korrespondent: Sowohl der Präsident als auch der Ministerpräsident betonen heute ihre Befugnisse innerhalb der Ukraine, darunter auch das Recht Außenpolitik zu betreiben – wer wird als Gewinner aus dieser Debatte hervorgehen?

Tarasjuk: Es gibt keine Außenpolitik der Regierung sondern eine staatliche Außenpolitik. Die Verfassung der Ukraine, Art. 106, besagt, dass der Präsident die vorrangige Kompetenz bei außenpolitischen Aktivitäten hat. Er repräsentiert den Staat bei internationalen Treffen, führt Verhandlungen, ernennt Botschafter und trifft Entscheidungen bezüglich der Anerkennung fremder Staaten. Keine der sonst existierenden Machtinstitutionen der Ukraine hat solche Befugnisse und Vollmachten. Der Präsident gibt den außenpolitischen Kurs vor und das Außenministerium setzt ihn um. Wenn jemand an diesen exklusiven Rechten des Präsidenten zur Formulierung von Außenpolitik zweifelt, muss er das Verfassungsgericht anrufen. Alle Interpretationen abseits des Urteils des Verfassungsgerichts stellen nur persönliche Meinungen von Politikern dar.

Korrespondent: Am 15. November sind Sie als Außenminister, wie auch Verteidigungsminister Anatolij Hrytschenko beim Parlament zur Berichterstattung vorgeladen. Ministerpräsident Janukowitsch hat klargestellt, dass er unzufrieden mit ihrer Arbeit ist und strebt ihre Entlassung an. Kann der Präsident die Kontrolle über diese Situation zurückgewinnen?

Tarasjuk: Laut Verfassung hat nur der Präsident das Recht, personelle Vorschläge betreffend das Außen- und Verteidigungsministerium an das Parlament zu übermitteln. Der Präsident hat sein verfassungsmäßiges Recht ausgeübt und das Parlament hat diese Entscheidung gemäß seinen Regeln akzeptiert. Die Entlassung von zwei Ministern, die unter Beteiligung des Präsidenten berufen worden sind, ist nicht in der Gesetzgebung festgelegt.

Gleichzeitig gibt es eine rechtliche Vorschrift, dass, wenn eine Prozedur für eine gegenteilige Aktion nicht vorgeschrieben ist, die rechtliche Logik, die zu den gegebenen Umständen führte, Anwendung findet. In der Konsequenz kann es keine Entlassungen ohne die Anhörung des Präsidenten im Parlament geben, da sind die

parlamentarischen Regeln eindeutig. Zu den Vorwürfen des Ministerpräsidenten gegen mich: Offensichtlich war die Hauptmotivation des Präsidenten, mich zu ernennen, nicht meine politische Tätigkeit sondern meine Professionalität. Ich bin seit 30 Jahren im diplomatischen Dienst.

Protokoll der Plenarsitzung des Parlaments vom 1.12.2006

http://portal.rada.gov.ua/control/uk/publish/article/news_left?art_id=81181&cat_id=33449

[Auszug]

Anschließend wurden die Entwürfe einer Resolution über die Entlassung von Herrn Tarasjuk aus dem Amt des Außenministers bzw. einer Billigung seiner Tätigkeiten als Außenminister behandelt.

Im Verlauf der Debatte äußerten die Abgeordneten ihre Position hinsichtlich dieser Entwürfe. Abgeordnete der Fraktionen *Nascha Ukraina* [„Unsere Ukraine“] und „Block Julija Timoschenko“ [BJuT] wiesen auf die Unrechtmäßigkeit der Verhandlung dieser Frage hin, da der Antrag auf Entlassung des Außenministers nicht vom Präsidenten der Ukraine kam, der laut Verfassung einzig über dieses Recht verfüge.

Abgeordnete der „Antikrisen-Koalition“ [Regierungskoalition] stellten dagegen fest, dass die Werchowna Rada [das Parlament] über das Recht verfügt, den Antrag des Ministerpräsidenten zu verhandeln und einen Entschluss zu fassen, da sie für die Tätigkeit der Regierung und der Minister Verantwortung trägt.

Aus Protest versuchten Abgeordnete der Fraktion „Nascha Ukraina“ das Rednerpult zu blockieren, aber ihre Kollegen der Fraktion „Partei der Regionen“ verhinderten dies.

Der Sitzungsleiter erteilte den Fraktionen das Wort für Stellungnahmen, diese lehnten allerdings ab und forderten eine Sitzungspause. A. Martynjuk kündigte diese an.

Nach Ende der Pause erklärten die Abgeordneten Wjatscheslaw Kowal und Olexander Turtschinow der Fraktionen „Nascha Ukraina“ und „BJuT“, die zuvor auf einer Pause bestanden hatten, ihre Anliegen.

Sie bezeichneten die Verhandlung der Frage der Entlassung von B.I. Tarasjuk aus dem Amt des Außenministers als Versuch politischer Rache.

Der Abgeordnete W. Kowal betonte: „Die heutige Entscheidung widerspricht der Verfassung der Ukraine, da die Entlassung des Außenministers nur auf Antrag des Präsidenten geschehen kann. Außerdem widerspricht eine solche Entscheidung der Parlamentsordnung, da das Parlamentskomitee für Außenpolitik und das Parlamentskomitee für Nationale Sicherheit und Verteidigung keine Resolutionsentwürfe zu den Berichten der Minister [auf der Parlamentsanhörung am 15.11.] vorbereitet haben, wie dies von der Werchowna Rada der Ukraine angeordnet wurde.“

„Wir stellen fest, dass das Handeln von Außenminister Boris Tarasjuk dem geltenden Recht entspricht und entsprach und er professionell den außenpolitischen Kurs vertrat, welcher vom Staatsoberhaupt gemäß der Verfassung der Ukraine bestimmt wurde.“

Vor der Abstimmung in dieser Frage informierte der Vertreter des Präsidenten der Ukraine, Roman Swarytsch, die Abgeordneten über einen Brief des Ministerpräsidenten Janukowitsch an den Präsidenten. Hierin bat der Regierungschef diesen, einen Antrag auf Entlassung von Tarasjuk aus dem Amt des Außenministers einzureichen. Der Präsident lehnte dieses Gesuch ab. In seiner Antwort betonte der Präsident folgendes: „Boris Tarasjuk kommt seinen Aufgaben als Außenminister ordentlich nach und gewährleistet die erfolgreiche Verwirklichung des politischen Kurses unseres Staates, wie ihn der Präsidenten gemäß der Verfassung der Ukraine bestimmt.“

Roman Swarytsch erinnerte die Anwesenden, dass laut der ukrainischen Verfassung ausschließlich der Präsident der Ukraine das Recht hat, einen Antrag auf Ernennung oder Entlassung des Außenministers einzureichen. „Der Antrag des Ministerpräsidenten geht über die Grenzen seiner Kompetenzen hinaus“, – betonte Herr Swarytsch.

In ihren Stellungnahme bemerkten die Vertreter der Fraktion „Unsere Ukraine“ und „Block Julia Timoschenko“, dass die Behandlung dieser Frage gegen die Parlamentsordnung verstößt, da diese zuvor noch nicht vom zuständigen Parlamentskomitee behandelt wurde.

Der Vertreter der Fraktion „Nascha Ukraina“ Wjatscheslaw Kirilenko betonte, dass diese Frage „mit maximaler Voreingenommenheit behandelt wird.“ Er erinnerte an die außenpolitischen Erfolge, die während der

Amtszeit von Boris Tarasjuk erreicht wurden. „Die Beschäftigung mit dieser Frage ist aussichtslos und verfolgt das Ziel der Destabilisierung der politischen Situation“, – betonte Herr Kirilenko.

Der Vertreter der Fraktion der SPU [Sozialisten] Iwan Bondartschuk erklärte, dass hierbei eine ungesunde Aufregung entstehe. Aber der Logik nach könne man sich nicht gleichzeitig in der Regierung und in Opposition zur Regierung befinden. Man müsse sich entscheiden. „Das Amt des Außenministers sollte eine neutrale Person bekleiden, die sich ausschließlich von Interessen des Staates leiten lässt und nicht von denen der Partei oder der Fraktion. Wir wollen, dass der Minister weder pro-amerikanisch noch pro-russisch ist, noch die Interessen der NATO vertritt“, – bemerkte der Abgeordnete.

Laut Herrn Bondartschuk sollte der Außenminister über die Eigenschaft verfügen Kompromisse zu finden, statt wie Tarasjuk „Konflikte zu schüren“. „Er bringt den Präsidenten häufig in eine unbequeme Lage und die Abgeordneten müssen dem Staatsoberhaupt helfen, sich von einem solchen Gefährten zu befreien.“

Herr Bondartschuk betonte auch, dass der Minister Mitglied der Regierung ist und sich wie ein Soldat im Gleichschritt mit den anderen bewegen sollte. „Boris Iwanowitsch versucht wie ein schlechter Feldwebel alleine zu gehen und ist dabei der Meinung, dass einzig er im Gleichschritt geht, sein ganzer Trupp dagegen nicht.“

Der Vertreter der Fraktion der Partei der Regionen Leonid Kozhara betonte, dass sich die Fraktion gezwungen sieht, auch anhand des beispiellosen Vorfalles („in schmachvoller Weise beschwerte sich das ukrainische Außenministerium über den Ministerpräsidenten vor dessen Staatsbesuch in den USA“), der dem Prestige der Ukraine schadete, die Tätigkeit von Tarasjuk als Außenminister politisch zu beurteilen.

Er merkte an, dass der Außenminister nicht nur ein Mensch ist, der die Verordnungen des Präsidenten erfüllt. „Laut derzeitiger Verfassung haben wir eine Partei-Regierung, die Zeiten der parteilosen Regierungen sind vorbei“, – betonte der Abgeordnete. .

Der Fraktionschef der KPU Petro Simonenko stellte fest, dass die Situation die im Land herrscht nicht ungefährlich ist, da „eine Diktatur des Präsidenten und seiner Umgebung errichtet wird“.

Herr Simonenko beschuldigte Herrn Tarasjuk „sich an das Amt zu klammern“. „Er spielt absichtlich die Rolle einer Marionette und provoziert die Zuspitzung der politischen Situation.“

Die Tätigkeit von Tarasjuk als Außenminister bezeichnete Petro Simonenko als „ein glattes Fiasko in der Außenpolitik“ und forderte einen unverzüglichen Entschluss über die Entlassung von Herrn Tarasjuk aus dem bekleideten Amt.

Nach der Debatte der Fraktionsvertreter wurde der Entwurf einer Resolution über die Entlassung von Herrn Tarasjuk aus dem Amt des Außenministers zur Abstimmung gestellt. Die Verordnung wurde mit 241 Stimmen angenommen.

Mitteilung des Pressebüros von Präsident Viktor Juschtschenko, 5.12.2006

http://www.president.gov.ua/en/news/data/1_12285.html

Viktor Juschtschenko hat einen Erlass herausgegeben, welcher die Regierung verpflichtet, ihn bezüglich aller getroffenen Personalentscheidungen für das Verteidigungsministerium, das Innenministerium, das Außenministerium, die staatliche Datenschutzbehörde, die staatliche Exportagentur, den staatlichen Grenzschutzdienst, das Zentralbüro des Sicherheitsdienstes der Ukraine und den Geheimdienst zu konsultieren.

Artikel 102 der Verfassung der Ukraine besagt, dass die Hauptaufgabe des Innenministers der Schutz von Rechten und Freiheiten der ukrainischen Bürger ist. Gemäß diesem Artikel ist der Präsident befugt die Leitung des Ministeriums zu benennen.

Gemäß ukrainischem Recht werden die Streitkräfte des Innenministeriums als militärische Einheit betrachtet. Da der Präsident den Führer dieser Streitkräfte benennt, sollte auch die Ernennung des ersten Stellvertreters und anderer Stellvertreter mit ihm abgestimmt werden.

Artikel 106 der ukrainischen Verfassung besagt, dass der Präsident die Verantwortung für die Außenpolitik des Landes trägt und deshalb hat er der Ernennung des ersten Stellvertreters und anderer Führungskräfte des Außenministeriums zuzustimmen.

Übersetzung: Maria Lukyanova, Tobias Schulz

Ist Nascha Ukraina noch zu retten? Der schleichende Niedergang der Partei des Präsidenten

Ralf Wachsmuth, Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung

Zusammenfassung

Die Volksunion Nascha Ukraina („Unsere Ukraine“ - VUNU), die erst im März 2005 nach der erfolgreichen Orangen Revolution als ‚Partei des Präsidenten‘ ins Leben gerufen worden war mit dem Anspruch, das Wahlprogramm des Präsidenten zum Wohle des gesamten ukrainischen Volkes in praktische Politik umzusetzen und die Ideale des Majdan zur Grundlage politischen Handels zu machen, befindet sich seit den für die Partei enttäuschend verlaufenen Parlamentswahlen vom März dieses Jahres und der gescheiterten Wiederbelebung des orangen Bündnisses im August in einer tiefen Krise. Nach bisher vergeblichen Bemühungen, einen neuen Vorsitzenden und ein neues Präsidium zu bestimmen, taumelt die mit großen Hoffnungen und Erwartungen gestartete Partei scheinbar unaufhaltsam im freien Fall dem Abgrund zu. Nach der Wahl von Viktor Baloha zum Parteivorsitzenden am 7. Dezember kann die Partei aber wieder neue Hoffnung schöpfen.

Hohe Erwartungen an den ersten Parteitag nach den Parlamentswahlen

Es hat in der Geschichte der Ukraine wohl noch keinen seltsameren Parteitag gegeben als den von Nascha Ukraina am 21. Oktober. Nach 50 Minuten wurden knapp tausend Delegierte, die mit großen Hoffnungen und Erwartungen und mit noch mehr Fragen über die Zukunft der Partei nach Kiew gekommen waren, vom Parteiführer Roman Bessmertny wieder unverrichteter Dinge nach Hause geschickt. Das unerwartet schlechte Wahlergebnis im März, die nicht abreißen wollenden innerparteilichen Flügelkämpfe und unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Entscheidung, entweder in die Opposition zu gehen oder doch eine breite Koalition mit der Partei der Regionen, den Sozialisten und Kommunisten zu bilden, haben die Parteimitglieder an der Basis verunsichert und auch den Ehrenvorsitzenden der Partei, Präsident Juschtschenko, sichtlich verärgert.

Juschtschenko bekennt sich erneut zu Nascha Ukraina

Präsident Juschtschenko hatte sich seit dem Spätherbst 2005, als über die Wahllisten zur Parlamentswahl diskutiert wurde und er seine Ohnmacht gegenüber dem übermächtigen Einfluss der ‚lieben Freunde‘ in der Partei zur Kenntnis nehmen musste, zunehmend von der Partei distanziert. Das ging so weit, dass er nach dem Scheitern der Verhandlungen zur Bildung einer breiten Koalition mit der Partei der Regionen über seinen Pressedienst die Ankündigung verbreiten ließ, er wolle seinen Ehrenvorsitz in der Partei niederlegen. Juschtschenko aber blieb seiner ihm eigenen Linie treu, innerhalb kürzester Zeit eine radikale Kehrtwendung zu vollziehen und erschien auf dem Parteitag. Er hielt eine bemerkenswerte und nicht an schonungsloser Kritik an der Führung von Nascha Ukraina sparende Rede. Er sprach ausdrücklich von ‚unserer Partei Nascha Ukraina‘. Juschtschenko scheute sich nicht, direkt und zwischen den Zeilen einige Missstände innerhalb der Partei beim Namen zu nennen. Seine Kritik an der Parteiprogrammatik und -führung ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: „Die Partei als politischer Organismus erlebt heute eine ernste innere Krise. Was ist geschehen? Nach den Präsidentschaftswahlen ist es der Partei nicht gelungen, eine klare und deutliche Idee für ihre Tätigkeit zu erarbeiten, deren Umsetzung der Partei und ihren Verbündeten Erfolg bringen könnte... Die einzige Idee, die die Parteiführung als Beschwörung immer wieder wiederholte, war der Satz ‚Wir sind die Partei des Präsidenten!‘ Ich weiß das. Ich weiß das auch hoch zu schätzen, meine Lieben. Aber ich will sagen: das ist zu wenig.“

Auch seine offene Kritik am Parteiaufbau muss den Verantwortlichen in der Parteiführung noch lange in den Ohren geklungen haben: „Die parteiliche Praxis der Rekrutierung der Personen, die politische oder administrative Ämter innehatten, wie z.B. Minister oder Abgeordnete oder andere hohe Beamte, führte dazu, dass Nascha Ukraina faktisch zu einem Instrument der Machtstrukturen geworden ist... In zahlreichen Gebieten existiert die Partei nur auf dem Papier... Ich will nicht, dass sich die Partei in eine Art geschlossene Aktiengesellschaft verwandelt, in der die Hauptaktionäre monopolhaft darüber beschließen können, was für die Partei erforderlich ist, und in der Realität ihre eigenen oder ihnen nahe liegenden Interessen wahrnehmen. Dafür sollen die Partei und in erster Linie ihre Führungsorgane Verantwortung tragen.“

Juschtschenko ergreift die Flucht nach vorn

Über die konkreten Motive, die den Präsidenten zu diesem unerwarteten öffentlichen Auftritt veranlassen könnten, lässt sich nur spekulieren. Offenbar war endlich bei ihm die Erkenntnis angekommen, dass seine Chancen, ohne Unterstützung einer starken politischen Kraft gestaltend auf das politische Tagesgeschäft im Parlament Einfluss nehmen, geschweige denn sich Hoffnungen auf eine Wiederwahl machen zu können, auf ein Minimum gesunken waren. Eingekeilt zwischen dem sozialistischen Parlamentspräsidenten Moros und seinem Kontrahenten aus Zeiten des Präsidentschaftwahlkampfes, Janukowitsch, der kompromisslos und erfolgreich seine Machtbasis zu Ungunsten des Präsidenten ausbaut, wird sein Handlungsspielraum immer enger. Nach dem längst überfälligen radikalen personellen und organisatorischen Umbau in der Präsidentschaftsverwaltung in den vergangenen Wochen durch den Chef der Präsidentschaftsverwaltung Baloha war der Schritt zu einer personellen und inhaltlichen Neuausrichtung der Partei durch ein Machtwort des Präsidenten eine durchaus logische Folge. Die Tatsache, dass neben ihm auf dem Parteitag der neue Chef der Präsidentschaftsverwaltung und dessen Vertreter Jazenjuk Platz nahmen und Bessmertny das Geschehen abseits vom Präsidenten stehend verfolgte, war schon damals ein Indikator, dass der Kurs der Partei stärker vom Präsidentschaftsamt bestimmt werden sollte. Die Spannungen zwischen der Partei und dem Präsidentschaftsamt hatten ein nicht mehr tolerierbares Maß an Disziplinlosigkeit angenommen.

Oligarchen regieren die Parteien

Die Krise bei Nascha Ukraina, so die wenig tröstliche Erkenntnis, ist kein Einzelfall. Die meisten ukrainischen Parteien – zumindest die im Parlament vertretenen – sind noch weit von europäischen Standards entfernt. Programme spielen nur eine untergeordnete Rolle. Fast alle politischen Parteien sind durch eine gering entwickelte Kommunikationsfähigkeit, eine an Personenkult grenzende Personalisierung, einen extremen Hang zum Zentralismus, mangelnde innerparteiliche Demokratie und Desinteresse an der Förderung des politischen Nachwuchses gekennzeichnet. Da die staatliche Parteienfinanzierung unzureichend ist und es keine Offenlegungspflicht von Geldzuwendungen Dritter gibt, unterliegen sie dem unkontrollierten Zugriff finanzstarker Sponsoren, die sie fest im Griff haben und ihren Kurs bestimmen.

Zurzeit hängt Nascha Ukraina am Tropf von Petro Poroschenko und anderen skandalbehafteten ‚lieben Freunden‘ aus der Businesswelt, die die Partei als Mittel zur Vermehrung des persönlichen Einflusses zur Befriedigung persönlicher Interessen betrachten. Vor dem Einfluss der Finanzkreise musste bisher sogar ein Juschtschenko kapitulieren. Geschäftsinteressen gewannen die Oberhand über politische Grundsätze. Aus einer demokratischen Massenpartei wurde eine an persönlichen Interessen orientierte administrative Businesspartei. Spät – aber nicht zu spät – hat Juschtschenko auf die Fehlentwicklungen in der Partei reagiert, den Kampf gegen die alten Seilschaften aufgenommen und entgegen aller Prognosen offensichtlich auch gewonnen.

Die Rolle des Präsidenten in der Volksunion Nascha Ukraina

Viktor Juschtschenko als Galionsfigur der Orangen Revolution und Garant für die Bewahrung der Ideale des Majdan kam bei der Gründung der Volksunion Nascha Ukraina eine Schlüsselrolle zu, die er nur widerwillig und in unzureichendem Maße ausfüllte. Bereits vor der Orangen Revolution hat er mit dem Gedanken gespielt, aus der Wahlallianz Nascha Ukraina (einer Allianz von mehr als einem Dutzend kleinerer Parteien wie Ruch, Ukrainische Volkspartei, CDU, Reformen und Ordnung, Partei der Jugend, Solidarnist u.a.), die mit 22,35% siegreich aus den Parlamentswahlen 2002 hervorgegangen war, eine mitte-rechts Volkspartei nach westlichem Muster zu formen. Doch den gebetsmühlenartig vorgetragenen Lippenbekenntnissen der Parteivorsitzenden folgten keine Taten. Die Parteiführer selbst der Kleinstparteien pflegten ihr Ego und zogen es vor, lieber unbedeutende Häuptlinge als starke Indianer zu sein.

Nach der Wahl von Juschtschenko zum Präsidenten und mit Blick auf die Parlamentswahlen im März 2006 schien im März 2005 der richtige Augenblick gekommen zu sein, die Wahlallianz in eine einheitliche Partei mit dem Namen Volksunion Nascha Ukraina zu überführen. Der Gründungskongress bedeutete einerseits das Ende der Wahlallianz und die Geburt einer neuen Partei. Er war andererseits auch gleichzeitig – so die Erkenntnis heute – der Ursprung der Probleme der Volksunion, die das Überleben der Partei derzeit in Frage stellen. So war es der Parteiführung der Volksunion nicht gelungen, die wichtigsten Mitglieder der Wahlallianz, den Ruch, die Ukrainische Volkspartei und die Partei Reformen und Ordnung, in den Prozess der Parteigründung einzubeziehen und ihren Repräsentanten eine angemessene Quote im Präsidium und Parteirat zuzubilligen. Ganz im Gegenteil: Die Parteiführung von Nascha Ukraina legte in den Verhandlungen eine unglaublichen Arroganz an den Tag und erreichte genau das Gegenteil. Zwei der drei Parteien distanzieren sich von Nascha Ukraina

und gingen – allerdings erfolglos – ihre eigenen Wege. Die Ukrainische Volkspartei von Kostenko scheiterte 2006 an der 3%-Klausel und ist auf nationaler Ebene in der politischen Bedeutungslosigkeit angekommen. Die Partei Reformen und Ordnung ging ein Wahlbündnis mit PORA ein, blieb ebenfalls unter 3% und entschied sich erst kürzlich für eine Kooperation mit dem Block Julia Timoschenko (BJUT). Das bedeutet, auch diese Traditionspartei wird von der politischen Bildfläche verschwinden. Nur der Ruch von Außenminister Tarasjuk ging ein Wahlbündnis mit Nascha Ukraina ein und ist weiter im Parlament vertreten.

Die Volksunion Nascha Ukraina entwickelte sich indes zu dem, was sie eigentlich bekämpfen sollte: zu einer Partei der Macht, zu einem technologischen Projekt oder – anders ausgedrückt – zu einem Auffangbecken für einen bestimmten Kreis von Abgeordneten, die 2002 über Direktmandat ins Parlament gelangt waren und um ihre politische Zukunft angesichts der Wahlrechtsänderung bangen mussten, und nicht zu einer demokratischen Volkspartei mit überzeugendem Programm und transparenten und dezentralen Strukturen.

Mit dem wenig überzeugend klingenden Argument, als Präsident aller Ukrainer könne er sich nicht an eine Partei binden, klinkte sich Juschtschenko aus dem weiteren Parteibildungsprozess aus und wurde erst wieder aktiv, als es um die Erstellung der Wahllisten für die Parlamentswahlen ging. Sein Versuch, noch am Morgen vor dem entscheidenden Parteitag, der wegen der heftigen internen Auseinandersetzung einige Stunden später eröffnet wurde, seine Vorstellungen durchzusetzen, waren erfolglos.

Der Präsident distanzierte sich zunehmend von der Partei, gleichzeitig distanzierte sich die Partei vom Präsidenten. Das Memorandum, das Juschtschenko im September 2005 mit Janukowitsch schloss und sein Versuch, nach der Wahlniederlage im März 2006 ein Bündnis mit der Partei der Regionen einzugehen, enttäuschte einen großen Teil seiner Anhängerschaft und spaltete die Partei Nascha Ukraina. Die Pragmatiker, die seinem alternativlosen Kurs der nationalen Versöhnung folgen und bereit sind, das Risiko einer Koalition mit Janukowitsch einzugehen, stehen den Idealisten gegenüber, die den Gang in die Opposition und eine enge Verzahnung mit dem Block Julia Timoschenko bis hin zur Bildung einer Koalition in der Opposition für den einzig gangbaren Weg zur Wiedergewinnung der Glaubwürdigkeit halten.

Ob der Präsident und die Partei es wollen oder nicht: sie sind in einer Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden. Das negative Rating des Präsidenten schlägt auf die Partei durch und das ununterbrochene Gezerre innerhalb der Partei schwächt den Präsidenten. Sehr zur Freude der Partei der Regionen und des Blockes Julia Timoschenko, die von der Krise bei Nascha Ukraina profitieren. Umso wichtiger ist es, die Beziehungen zwischen der Partei und dem Präsidenten auf eine feste Grundlage zu stellen und die Position des Präsidenten in der Partei klar zu definieren. Sollte es Nascha Ukraina nicht bald gelingen, ihren Platz im Parteienspektrum zu finden und erfolgreich zu verteidigen, wird auch sie sich überflüssig machen und die Entwicklung ginge in Richtung auf ein Zweiparteiensystem: Partei der Regionen und BJUT.

Ist Nascha Ukraina noch zu retten?

Viele Analysten neigen der Meinung zu, dass der Kompatient Nascha Ukraina die Intensivstation nicht lebend verlassen wird. Ein junger Hoffnungsträger, Mykola Katerintschuk, hat der Partei bereits entnervt den Rücken gekehrt und soll angeblich die Gründung einer neuen Partei planen. Die Ukrainische Volkspartei und der Ruch tragen sich mit dem Gedanken einer Parteienkonföderation, der sich andere Parteien des national-konservativen Spektrums und die Reste von Nascha Ukraina anschließen können. Diese Projekte haben etwas rührend Naives an sich und dürften keine Zukunft haben, sind aber ein ernst zu nehmender Ausdruck von Unzufriedenheit in der Partei und einer gespannten Stimmung in der Fraktion.

Die Sitzung des Parteirats von Nascha Ukraina am 7. Dezember, die Juschtschenko in seiner Funktion als Ehrenvorsitzender persönlich moderierte und auf der er zahlreiche Reformvorschläge unterbreitete, forderte er die Delegierten eindringlich auf, die personellen und organisatorischen Voraussetzungen für die Erneuerung der Partei zu schaffen, könnte einen Wendepunkt zum Guten darstellen. Der Leiter der Präsidialverwaltung Baloha wurde im dritten Wahlgang für zunächst 3 Monate zum neuen Vorsitzenden des Parteirats gewählt und soll nun gemeinsam mit Bessmertny, der die Position von Katerintschuk als Vorsitzender des Exekutivkomitees einnimmt, das Ruder in die Hand nehmen und die Partei auf Kurs bringen. Vordringliche Aufgabe von Baloha ist es, die Parteilarbeit effizienter zu gestalten, die regionalen Strukturen zu stärken, sich offensiv in die politische Diskussion im Land einzubringen und im Osten mehr Präsenz zu zeigen.

Ob die neue Parteiführung die Gunst der Stunde nutzt, ob die Radikalkur die erhoffte Wirkung zeigt und tatsächlich ein Reformruck durch die Partei geht, der sie befähigt, in immer wahrscheinlicher werdenden vorgezogenen Neuwahlen erfolgreich abzuschneiden, wird sich auf dem nächsten Parteitag in einigen Monaten

zeigen, auf dem der Parteiratsvorsitzende auf Vorschlag von Juschtschenko direkt von den Delegierten gewählt werden soll. Die in die Schranken gewiesenen alten Seilschaften um Poroschenko und Tretjakow, die es nicht ins 15-köpfige Präsidium geschafft haben, werden sich nicht widerstandslos aufs Abstellgleis schieben lassen. Die Partei steht weiter vor einer Zerreißprobe. Nur die Frontlinien sind jetzt klarer. Der Zustand des Komapatienten hat sich ein wenig stabilisiert, außer Lebensgefahr ist er noch längst nicht.

Über den Autoren:

Ralf Wachsmuth ist vom 01.07.2003 bis 31.12.2006 Leiter der Außenstelle Kiew der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Präsident Viktor Juschtschenko zur politischen Lage

Eine Demokratie schaffen

Die Orange Revolution in der Ukraine lebt weiter

Von Viktor Juschtschenko

Washington Post, 29 November 2006, Page A23

Vor zwei Jahren scheiterte der Versuch eines autoritären Regimes die Präsidentenwahlen in der Ukraine zu manipulieren. Als die offiziellen Ergebnisse bekannt wurden, strömten aus Misstrauen und Protest Millionen von Bürgern auf die Straße. Sie stellten sich gegen die diskreditierten Offiziellen, die sich hinter Rechtsvollstreckungskräften versteckten, um ihre Macht zu erhalten. Diese Tage und Wochen sind als Orange Revolution in der Ukraine bekannt geworden.

Seitdem war es als Präsident mein Ziel, die Demokratie zu festigen und sicherzustellen, dass sie unumkehrbar ist. Viele der Missstände in meinem Land wurden beseitigt. Wir halten an unserem unerschütterlichen Engagement für die Prinzipien der Freiheit fest. Wir beschlossen, die Verfassungsordnung umzuwandeln von einer autoritären Präsidentschaft hin zu einer Koalitionsregierung, eingesetzt durch das Parlament, um das Land aus der politischen Sackgasse zu führen. Wir schafften die staatliche Zensur der Medien ab und verboten die Störung der Nachrichtenberichterstattung.

Dieses Jahr wurden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene freie und faire Wahlen abgehalten. Die friedliche und demokratische Transformation des Staates zu überwachen, während sie meine früheren politischen Gegner zurück an die Macht brachte, war eine einzigartige Bewährungsprobe für mich. Aber neben den nationalen Erfolgen und wirtschaftlichen Errungenschaften unter zwei „orangen“ Ministerpräsidenten gab es auch Enttäuschungen und Fehleinschätzungen. Die inneren Auseinandersetzungen zwischen meinen politischen Verbündeten waren die größte Enttäuschung. Einige „orange“ Politiker ignorierten ihre grundlegende Pflicht dem Gemeinwohl zu dienen. Stattdessen wurden das Erreichen politischer Macht und im Rampenlicht stehen zu ihren Zielen. Während die Demokratie unseres Landes weiter reift, bin ich überzeugt, dass ein junger Kader von Führungspersonlichkeiten die Ränkespiele der ukrainischen demokratischen Parteien durchbricht und eine politische Erneuerung schafft.

Unter meiner Aufsicht wurde die Korruption, die historisch bisher von der Präsidentialverwaltung ausging, unterbunden. Tausende von Wahlbeamten, Steuerbeamten, Streifenkontrollen, Straßenpolizisten und Zollbeamten erhielten schon für geringe Korruption ihre gerechte Strafe. Aber noch bleiben die größten Vergewaltiger der Staatsbehörden wegen unreformierter Staatsanwaltschaften und korrupter Gerichte unbehelligt. Ich habe zuletzt einige Anti-Korruptionsgesetze erlassen, um das Strafrechtssystem und die Gerichte zu reformieren und ich werde weiter Druck auf das Parlament ausüben, damit es schnell handelt.

Weil wir dieses Jahr mit inländischen politischen Reformen beschäftigt waren, gelang es uns nicht, effektiv mit unseren internationalen Partnern zu kommunizieren. Ich möchte erklären, wo die Ukraine jetzt steht und wohin ihr Kurs geht. Demokratie und Stabilität, zwei miteinander verbundene Prinzipien, bilden die Basis meiner Agenda. Deshalb werde ich weiter Verfassungsreformen anstreben, um eine effiziente Regierungsarbeit zu erleichtern und die Rückkehr von Autoritarismus und unrechtmäßiger Herrschaft zu verhindern.

Heute existiert ein machtpolitisches Gleichgewicht zwischen zwei direkt gewählten demokratischen Körperschaften, dem Präsidenten und dem Parlament. Der Ministerpräsident, obwohl nicht direkt gewählt, re-

präsentiert eine Mehrheit der Abgeordneten. Gesetze welche die Rolle der Regierungskoalition und der Opposition spezifizieren stehen noch aus. Damit keine Missverständnisse entstehen: Wir teilen zusammen die Verantwortung für die Gestaltung, Ausführung und Kontrolle der Gesetze und der Staatspolitik.

Zweitens sind die Verfassungsreformen unvollendet und als Resultat gibt es eine politische Ungleichmäßigkeit. Wir werden fortfahren damit, ein verlässliches System von „checks and balances“ zwischen Präsident, Parlament und Regierungskoalition zu verfeinern, um die politische Entscheidungsfindung zu beschleunigen. Um diese Ziele zu erreichen, habe ich eine Gruppe von Verfassungsexperten eingesetzt, die Veränderungen zur Stärkung unserer entstehenden demokratischen Institutionen vorschlagen soll.

Drittens fördert unser Gesetz über Nationale Sicherheit die Teilnahme und Mitgliedschaft in pan-europäischen und regionalen Systemen kollektiver Sicherheit. Die Mitgliedschaft in der EU und der Nato, wie auch gute Beziehungen und strategische Partnerschaften mit Russland und anderen Mitgliedern der GUS sind keine romantischen Ideen der Orangen Revolution sondern im ukrainischen Recht begründet. Der Präsident, die Regierungskoalition und das Parlament bestimmen die Geschwindigkeit mit der diese Ziele erreicht werden.

Am wichtigsten ist, dass sich die demokratischen Debatten in Kiews Regierungsgebäuden nun um Ideen über konkurrierende Wirtschaftstheorien, Werte und Weltanschauungen drehen. Unser gegenwärtiges System von „checks and balances“ benötigt Politikkoordination, Parteien-Koexistenz und politische Kompromisse um uns vorwärts zu bringen. Nicht jeder mag diese neuen Spielregeln und einige haben Probleme in dieser neuen Realität klarzukommen, aber die ukrainische Demokratie wird fortbestehen.

Als Präsident ist es meine historische Aufgabe zu garantieren, dass die nationalen Ziele der Ukraine erreicht werden, nicht durch politische Diktate sondern durch einen institutionalisierten demokratischen Prozess der Regierungskreise und Bürgergruppen zusammenbringt. Ich bin überzeugt, dass eine inklusive Demokratie eine der bedeutendsten und dauerhaftesten Errungenschaften der Orangen Revolution ist.

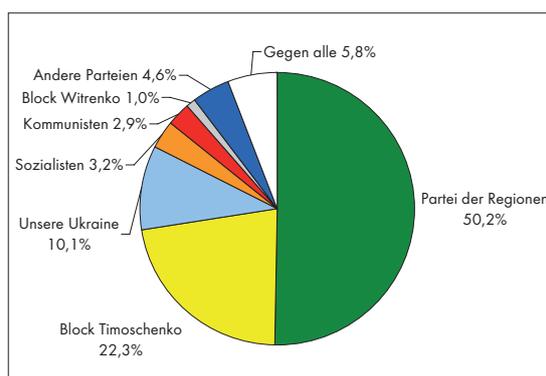
Übersetzung: Tobias Schulz

Quellen:

http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2006/11/28/AR2006112801278.html?nav=rss_print/editorialpages

http://www.president.gov.ua/news/data/26_12155.html

Wen würden Sie wählen, wenn in den nächsten Tagen Parlamentswahlen stattfinden würden? (Juli 2006)

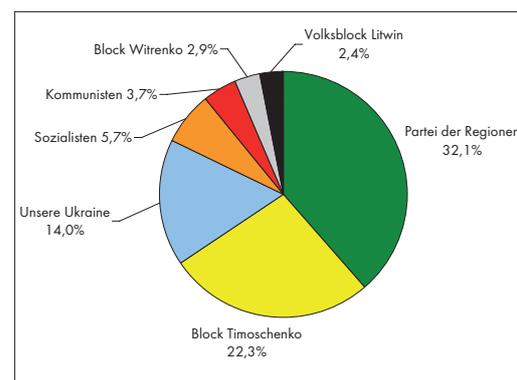


Anmerkung: Wahlbeteiligung: 56%

Quelle: Kiewer Internationales Institut für Soziologie (KIIS)

<http://www.kiis.com.ua/txt/doc/17072006/kiis.doc>

Zum Vergleich: das amtliche Endergebnis der Parlamentswahlen vom 26. März 2006



Anmerkung: Wahlbeteiligung: 67,7%

Quelle: Zentrale Wahlkommission,

<http://www.cvk.gov.ua/vnd2006/w6p001.html>

Arbeitspapiere und Materialien der Forschungsstelle Osteuropa

ISSN 1616-7384

- Nr. 70 **Integration und Ausgrenzung im Osten Europas.**
Beiträge für die 13. Tagung junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Osteuropa-Institut der Freien
Universität Berlin, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde, Europäische Akademie Berlin
(September 2005)
- Nr. 71 **Die Mittel- und Osteuropa-Aktivitäten der Universität Bremen im Überblick**
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen,
International Office der Universität Bremen (Hg.)
(Oktober 2005)
- Nr. 72 **Russlands Regionen auf dem Weg nach Europa?**
Von Galina Michaleva (Hg.)
(November 2005)
- Nr. 73 **Die russische Außenpolitik unter Putin**
Von Heiko Pleines und Hans-Henning Schröder (Hg.)
(Dezember 2005)
- No. 74 **Participation of Civil Society in New Modes of Governance**
The Case of the New EU Member States
Part 2: Questions of Accountability
By Heiko Pleines (ed.)
(February 2006)
- Nr. 75 **Die Ukraine unter Präsident Juschtschenko**
Auf der Suche nach politischer Stabilität
Von Heiko Pleines (Hg.)
(April 2006)
- No. 76 **Participation of Civil Society in New Modes of Governance**
The Case of the New EU Member States
Part 3: Involvement at the EU Level
By Heiko Pleines (ed.)
(September 2006)
- Nr. 77 **Osteuropaforschung – 15 Jahre „danach“**
Beiträge für die 14. Tagung junger Osteuropa-Experten
Veranstaltet von Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für
Osteuropakunde, Europäische Akademie Berlin
(September 2006)
- Nr. 78 **Das Archiv ist die Kunst**
Verfahren der textuellen Selbstreproduktion im Moskauer Konzeptualismus
Von Julia Scharf
(Dezember 2006)
- Nr. 79 **Der politische Einfluss der Agrarlobbies in Polen, Russland und der Ukraine**
Eine vergleichende Politikfeldanalyse
Von Heiko Pleines
(Dezember 2006)
- Nr. 80 **Der politische Einfluss der Kohlelobbies in Polen, Russland und der Ukraine**
Eine vergleichende Politikfeldanalyse
Von Heiko Pleines
(Dezember 2006)

Bezugspreis pro Heft: 4 Euro + Portokosten
Abonnement (10 Hefte pro Jahr): 30 Euro + Portokosten

Bestellungen an: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de
Forschungsstelle Osteuropa, Publikationsreferat, Klagenfurter Str. 3, 28359 Bremen

Vergriffene Hefte können als PDF-Datei gratis bestellt bzw. von der Website der Forschungsstelle Osteuropa
(www.forschungsstelle-osteuropa.de) heruntergeladen werden.

Aktuelle Bücher aus der Forschungsstelle Osteuropa

Analysen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa

- Bd. 21 **Isabelle de Keghel:**
Die Staatssymbolik des neuen Russland.
Traditionen - Integrationsstrategien – Identitätsdiskurse
LIT-Verlag (Münster) 2007 (in Vorbereitung), 256 S., br., ISBN 3-8258-8862-2, Euro 24,90
- Bd. 20 **Hans-Hermann Höhmann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (Hg.):**
Nur ein Ölboom?
Bestimmungsfaktoren und Perspektiven der russischen Wirtschaftsentwicklung
LIT-Verlag (Münster) 2005, 304 S., br., ISBN 3-8258-8284-5, Euro 29,90
- Bd. 19 **Heiko Pleines:**
Ukrainische Seilschaften
Informelle Einflussnahme in der ukrainischen Wirtschaftspolitik 1992–2004
LIT-Verlag (Münster) 2005, 208 S., br., ISBN 3-8258-8283-7, Euro 19,90

Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik

- Bd. 39 **Jin-Sook Ju:**
Konstituierung der Programmatik russischer Parteien
Programmatische Differenzierung als Element der Parteibildung im
post-sowjetischen Russland
LIT Verlag (Hamburg) 2005, 312 S., ISBN 3-8258-8537-2, Euro 24,90
- Bd. 38 **Isabelle de Keghel:**
**Konstruktionsversuche neuer historischer Identitäten im Russland
der Transformationszeit**
LIT Verlag (Hamburg) 2006, 678 S., ISBN 3-8258-8201-2, Euro 44,90

Changing Europe

- Bd. 2 **Daniela Obradovic, Heiko Pleines (eds.):**
Civil Society Groups from the New Post-Socialist Member States in EU Governance
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007 (in Vorbereitung)
- Bd. 1 **Sabine Fischer, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder (eds.):**
Movements, Migrants, Marginalisation.
Challenges of Social and Political Participation in Eastern Europe and the Enlarged EU
ibidem-Verlag (Stuttgart) 2007 (in Vorbereitung), ca. 220 S., br., ISBN 3-89821-733-7,
Euro 29,90

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Russlandanalysen

Die „Russlandanalysen“ bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

kultura. Russland-Kulturanalysen

Die Russland-Kulturanalysen diskutieren in kurzen, wissenschaftlich fundierten, doch publizistisch-aufbereiteten Beiträgen signifikante Entwicklungen der Kultursphäre Russlands. Jede Ausgabe enthält zwei Analysen und einige Kurztexte bzw. Illustrationen. Erscheinungsweise: monatlich, in je einer deutschen und englischen Ausgabe.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatliche eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.polen-analysen.de>

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

FSO-Fernsehtipps

Die „FSO-Fernsehtipps“ bieten zweiwöchentlich einen Überblick über Sendungen mit Bezug auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa im deutschsprachigen Kabelfernsehen. Vorrangig erfaßt werden Spiel- und Dokumentarfilme aus und über osteuropäische Länder. Der Schwerpunkt liegt auf der Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten (vor allem Russland), Polen, Tschechien, Slowakei und DDR.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de